

Dokumentation

DER GENERALPLAN OST

*Vorbemerkung<sup>1</sup>*

„Wir Nationalsozialisten setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab mit der Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken . . . Das Riesenreich im Osten ist reif für den Zusammenbruch . . . Wir sind vom Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassen-theorie sein wird.“ (Mein Kampf, 2. Band, 14. Kapitel.)

Als Hitler diese Sätze Ende 1925 oder Anfang 1926 niederschrieb und im darauffolgenden Jahr veröffentlichte, blieben seinen Zeitgenossen für das Studium dieses Programms noch fast 15 Jahre, ehe dem Verfasser die Möglichkeit zur Umsetzung in die Praxis gegeben war. Wenn Hitler nach seinem Einzug in die Wilhelmstraße Ende Januar 1933 auch in der Aggressivität seiner Redemotiven etwas behutsamer wurde und etwa das hysterische Kriegsgeschrei des „Mein Kampf“ durch eine von Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmte Mixtur aus Drohungen und Friedensbeteuerungen ersetzte, so hat er doch aus seiner Kampfstellung gegen die bolschewistische Sowjetunion noch sechs Jahre hindurch kein Hehl gemacht, geschweige denn seine ostpolitischen Zielsetzungen aus der Kampfzeit widerrufen.

Widerrufen hat Hitler auch in den dann folgenden zwei Jahren nazistisch-sowjetischer Liaison kein Wort von dem Gesagten. Nicht nur in der zweiten Halbzeit dieser unheiligen Allianz, als Hitler mit schrittweise zunehmender Entschlossenheit die kriegerische Auseinandersetzung in die Wege leitete, sondern auch in jenen Tagen, da sich sein Außenminister im Kreise der Kreml-Gewaltigen noch so wohl fühlte „wie unter alten Parteigenossen“, hat Hitler zu keiner Sekunde und mit keinem Gedanken auf seinen Ostlandtritt verzichtet. Weder die 1941 noch die 1939 und 1940 herausgekommenen Auflagen von „Mein Kampf“ nehmen ein

<sup>1</sup> Während der Drucklegung ist zu unserer Kenntnis gekommen, daß das im folgenden wiedergegebene Hauptdokument in der (inzwischen erschienenen) Nr. 2/Jg. 14 (1958) der Zeitschrift „Przegląd Zachodni“ publiziert werden würde. Wir haben geglaubt, um so weniger von der schon länger geplanten Veröffentlichung absehen zu sollen, als diese durch Kommentar und zwei weitere Dokumente über den Rahmen der polnischen Publikation hinausgeht. – Eine umfassende Darstellung der nationalsozialistischen Politik in den besetzten sowjetischen Gebieten bringt Alexander Dallin: *German Rule in Russia 1941–1945* (London 1957), der aber das folgende Hauptdokument nur in einer Anmerkung erwähnt und den Generalplan Ost irrtümlich mit der Untersuchung Meyer-Hetlings identifiziert. Hg.

Jota zurück; das Übereinkommen mit Moskau war lediglich ein zum Zwecke der Isolierung Polens bestimmter taktischer Schachzug und ohne Bedeutung für die Gesamtkonzeption seiner Politik.

Als Hitler am Abend des 20. Juni 1941 in seinem letzten freien Entschluß von kriegsentscheidender Tragweite mit der Ausgabe des Stichwortes „Dortmund“ nunmehr unwiderruflich den komplizierten Mechanismus der Wehrmacht nach Osten in Bewegung setzte, schien die Zeit für die Verwirklichung seiner Pläne gekommen zu sein. Präzis gefaßt stellten diese Lebensraum-Phantasien allerdings nicht das in jenem konkreten Fall auslösende Moment dar. Der Angriff hic et nunc richtete sich vielmehr in erster Linie gegen die Sphinx im Osten, gegen den potentiellen Verbündeten Englands, dessen Existenz im Rücken des Reiches dem Inselvolk offenbar den Mut eingab, in scheinbar hoffnungslos isolierter Lage lieber Opfer an „Schweiß, Blut und Tränen“ auf sich zu nehmen, als die nationalsozialistische Expansionspolitik in Mittel- und Osteuropa zu sanktionieren. Von maßgebendem Einfluß auf jenen Schritt war allerdings auch die Auffassung, zu der Hitler im Rausch der deutschen Blitzsieg in Polen und Frankreich gekommen war: daß es nämlich das beste sei, die Woge des Erfolgs zu nutzen und die Abrechnung mit Rußland – wie er es nannte – ohne allzu großen Abstand auf die Klärung der Lage im Westen folgen zu lassen.

Bereits die Vorzeichen der kommenden Ereignisse setzten die Schar der Ostplaner in Bewegung. Daß diese Eile berechtigt war, darüber gab es kaum irgendwo einen Zweifel, rechnete man doch außerhalb der Sowjetunion vom Tirpitz-Ufer bis zum Pentagon so gut wie allgemein mit einem erneuten deutschen Blitzkrieg, wobei die Zeit, die man der Sowjetunion noch zuzugestehen bereit war, zwischen einem und optimal vier Monaten differierte<sup>2</sup>. Bereitete die deutsche Wehrmachtführung Anfang Juni mit der Weisung Nr. 32 schon die Kriegführung in der „Zeit nach Barbarossa“ vor, so war es nur erklärlich, daß auch die Ostexperten und erst recht die Ostphantasten bereits voll und ganz in jener „Zeit nach Barbarossa“ lebten. „Es ist sehr wahrscheinlich“ – so meditierte man im Rosenberg-Kreis –, „daß auf ein militärisches Vorgehen unsererseits sehr bald der militärische Zusammenbruch der UdSSR folgt. Die Besetzung der Gebiete würde dann weniger militärische als verwaltungsmäßige und wirtschaftliche Schwierigkeiten aufwerfen.“ Die Sowjetunion war für Rosenberg selbst bereits nicht mehr existent, „kein Subjekt der europäischen Politik“ mehr, sondern zum bloßen „Objekt der deutschen Weltpolitik“ geworden<sup>3</sup>. Auch als der neue Blitz endete, ohne Hitler Gelegenheit zu einer Wiederholung seines berühmten Freudentanzes vom Sommer zuvor zu geben, als vielmehr sowjetische Gegenangriffe im harten Winter 1941/42 den physisch fast ungeschützten

<sup>2</sup> Vgl. dazu Robert E. Sherwood: *The White House Papers of Harry L. Hopkins*, Bd. 1, London, 1950, S. 305 ff.

<sup>3</sup> Nbg. Dok. 1017-PS (Denkschr. Nr. 1 aus dem Amt Rosenberg v. 2. 4. 41, IMT Bd. XXVI, S. 547 ff.) und 1058-PS (Rede Rosenbergs vor den engsten Beteiligten am Ostproblem vom 20. 6. 41, ebenda, S. 610 ff.). – Nürnberger Dokumente werden im folgenden nur nach Reihe (PS, NG, NO) und Nummer zitiert.

und psychisch schwer erschütterten deutschen Soldaten aus Rostow, an den Waldai-Höhen und vor Moskau zurückwarfen, hofften die Postenaspiranten<sup>4</sup>, planten die Siedlungstheoretiker und vernichteten die „Ungeziefer“-Jäger zunächst unerschütterlich weiter; und es bedurfte erst eines Menetekels von den Ausmaßen Stalingrads, um diese Leute aus der „Zeit nach Barbarossa“, nach dem „Erscheinen der Deutschen in Mittelasien“<sup>5</sup> in die nüchterne Wirklichkeit zurückzurufen.

Zunächst allerdings schien es 1941, als würde in absehbarer Zeit jenes Graven behoben sein, für das Hans Grimm 1926 das flüssig von der Zunge gehende Schlagwort „Volk ohne Raum“ populär gemacht hatte. Nicht nur Raum, auch Menschen, Bodenschätze, Agrarprodukte schienen nach mitteleuropäischen Maßstäben beinahe ad libitum zur Verfügung zu stehen, – ein, wie Hitler sich ausdrückte, „riesenhafter Kuchen“ bedurfte nur noch der „handgerechten Zerlegung“<sup>6</sup>. Wie verhielten sich nun die Machthaber des Dritten Reiches, nachdem sie schon so gut wie sicher das in „Mein Kampf“ beklagte „Mißverhältnis zwischen unserer Volkszahl und unserer Bodenfläche“ korrigiert zu haben vermeinten, dieser gewaltigen Aufgabe gegenüber?

Man stößt bei der Untersuchung dieser Frage zunächst auf zwei sich generell unterscheidende Gruppen: einmal diejenigen, für die Rußland Mittel zum Zweck der Gewinnung des Krieges, – auf der anderen Seite die, für die der Krieg Mittel zum Zweck der Gewinnung Rußlands war. Das Ordnungsprinzip der beiden Kategorien beinhaltet dabei keinerlei ethische Wertung, reicht doch der Spielraum möglicher Schattierungen im einen Falle vom einfachen Landser im Schützengraben bis zu dem Sklavenjäger Sauckel oder dem berüchtigten Ukraine-Satrapen Koch, im anderen Falle von den antibolschewistischen Befürwortern echter deutsch-russischer Zusammenarbeit bis zu den Ausrottungsspezialisten der SS.

Hitler selbst hat sich wohl in steigendem Maße und bei zunehmender Verschlechterung der militärischen Lage den ersten Standpunkt zu eigen gemacht, sich dabei gegen die „milde Tour“ der Generäle und des Ostministeriums gewandt und die Politik in den „neuen Ostkolonien“ als die richtige bezeichnet, die die meisten Lebensmittel, die meisten Rohstoffe, die meisten Arbeitskräfte garantiert<sup>7</sup>. Trotzdem hat er sich natürlich auch seine Gedanken gemacht über die Umsetzung seiner „Bodenpolitik der Zukunft“ in die Praxis. Bereits im Sommer 1941 hat er die Aussiedlungen im Osten ebenso wie etwa die Massenerschießungen als „notwendige Maßnahmen“ bezeichnet, die man „trotzdem tun“ müsse, wenn es auch vorläufig „nicht erkennbar sein sollte, daß sich damit eine endgültige Regelung anbahnt“<sup>8</sup>.

<sup>4</sup> Die neuen Generalkommissariate waren bereits bis Swerdlowsk und Baku in festen Händen, und für die vorgesehenen 1050 Gebietskommissariate hatten sich schon 261 DAF-Funktionäre, 144 SA-Führer und 450 ostbegeisterte Angehörige des Innenministeriums vormerken lassen (1036-PS und 1054-PS).

<sup>5</sup> 1017-PS.

<sup>6</sup> 221-L (Aktenvermerk Bormanns v. 16. 7. 41, IMT Bd. XXVIII, S. 86 ff.).

<sup>7</sup> NG-3288 (Auszug aus Notiz für RAM v. 24. 5. betr. Besuch Reichsminister Rosenberg beim Führer am 19. 5. 45) und NG-3513 (Aktenvermerk AA vom Okt. 1941).

<sup>8</sup> 221-L.

Aphoristische Äußerungen vornehmlich in seinen Tischgesprächen<sup>9</sup> deuten an, was die Völker der Sowjetunion im Falle eines deutschen Sieges zu gewärtigen hatten. Da sich Hitlers Auffassungen etwa vom Schulwesen dabei weitgehend mit den von Himmler bereits 1940 für „die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens“ aufgestellten Maximen<sup>10</sup> deckten, darf man wohl annehmen, daß beide in Ostfragen weitgehend einig waren. Schon im Herbst 1939 war dies offenkundig geworden, als Himmler in der Funktion eines „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“ mit der gesamten Rück-, An-, Aus- und Umsiedlung im Osten beauftragt wurde<sup>11</sup>, während der Rassen- und Siedlungsveteran von Partei wie SS, Reichsbauernführer R. Walther Darré, in ohnmächtiger Wut durch die Kanzleien der Großen des Reiches lamentierte<sup>12</sup>.

Es ist also nicht ein x-beliebiges Glied in dem planvollen Kompetenzchaos des Dritten Reiches, sondern es ist vielmehr die mit fast unbeschränkten Machtmitteln ausgestattete, in ihrer Zuständigkeit einzig und allein von den musealen Schatten spielen des Ostministeriums begrenzte<sup>13</sup> und das volle Vertrauen Hitlers genießende Dienststelle Reichsführer-SS/Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RFSS/RKF), von der jener Generalplan Ost stammt, der in zwei Aufzeichnungen aus dem Ostministerium Reflexe, aber auch scharfe Kritik gefunden hat. Diesem Himmler, der – wie einer der Angehörigen seines Amtes es formulierte – „die Planungshoheit für die neuen Siedlungsräume“ delegiert erhalten hatte<sup>14</sup>, oblag im Osten daneben noch eine zweite, nicht minder verantwortungsvolle Aufgabe: die „Befriedung des Riesenraumes“, die nach Hitlers sorgfältig befolgten Direktiven „am besten dadurch geschehen sollte, daß man jeden, der nur schief schau, totschieße“<sup>15</sup>.

Während in diesem Osten die Prospektoren und Neo-Kolonialpolitiker Menschen, Rohstoffen und – nicht zuletzt – Profiten nachjagten, wurde in den Berliner Amtszimmern des SS-Trusts in einer Art Team-work und getreu dem Motto: „Der Osten gehört der Schutzstaffel“<sup>16</sup> jene Perspektive für die Zukunft des Ostraums entworfen, die zwar nicht weniger phantastisch anmutet als die gehäuften Konzepte des sprichwörtlichen „Chaost“-Ministeriums, die aber im Falle positiver Erledigung der kriegerischen Auseinandersetzungen zweifellos Machtmittel hinter sich und Zukunft vor sich gehabt hätte. Glaubten Heereskreise ein nationalgesinntes Russelement fördern zu sollen und plädierten im Ostministerium maßgebende Leute für eine „Dekomposition“ Rußlands durch Förderung der Minderheiten, so behandelten die SS-Planer den Ostraum beinahe als tabula rasa, auf der sie frei von allen

<sup>9</sup> Vgl. dort sowie Nbg. Dok. NO-1878, 1648-PS und NG-3515.

<sup>10</sup> Denkschrift Himmlers über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten, in dieser Zeitschrift 5. Jg. (1957), S. 194 ff.

<sup>11</sup> NO-3075, NG-962.

<sup>12</sup> NG-1759.

<sup>13</sup> Vgl. NO-1020 und NO-5529.

<sup>14</sup> NO-3348 (Vortrag Meyer-Hetlings in Posen am 23. 10. 41).

<sup>15</sup> 221-L.

<sup>16</sup> Gebraucht von SS-Gruf. Hofmann in NO-4115.

störenden Voraussetzungen die östlichen Konturen des kommenden Großgermanischen Reiches entwarfen.

Idee und Name des Generalplans Ost stammen aus dem Jahre 1941, vielleicht gar schon aus 1940<sup>17</sup>. Die Anregung geht zweifellos auf Himmler selbst zurück, die Bezeichnung könnte auch in einer seiner Dienststellen, vielleicht im Reichssicherheitshauptamt, vielleicht aber auch – da es sich bei „Generalplan“ um einen Fachausdruck des Landesplanungswesens handelt – im Planungsamt des RKF<sup>18</sup>, geboren worden sein. Zeitlich wie räumlich scheint es sich um zwei verschiedene Ausbaustufen gehandelt zu haben: um einen auf die eingegliederten Ostgebiete bezüglichen und in wesentlichen Teilen zur Durchführung gelangten „Nahplan“ und um den hier interessierenden, für den gesamten Ostraum gedachten „Fernplan“<sup>19</sup>. Welche Hauptämter der SS insgesamt mit – ihren Sachgebieten entsprechenden – Teilarbeitungen an diesem Projekt tätig gewesen sind, ist heute kaum mehr festzustellen; verfolgen lassen sich jedoch noch zwei derartige Fäden, von denen der eine und wohl überhaupt wichtigste in das Amt III (SD-Inland) des RSHA, der andere in die Ämter I (Umsiedlung und Volkstum) und VI (Planung) des Stabshauptamtes RKF führt. Es ist zu vermuten, daß darüber hinaus mindestens noch das Rasse- und Siedlungshauptamt an den Arbeiten für den Generalplan beteiligt gewesen ist. Federführend aber war – so hören wir, und dies ist nicht uninteressant – das RSHA, jenes Hauptamt also, das mit eigenen Worten seine Tätigkeit auf dem Volkstumssektor in pointiertem Gegensatz zu den „positiv auslesenden“ Funktionen anderer SS-Dienststellen als „negativ ausmerzend“ charakterisiert hat<sup>20</sup>.

Verfolgen wir diesen ersten Weg, so stoßen wir auf eine umfangreiche Ausarbeitung, die unter dem Titel „Generalplan Ost“ wohl Ende 1941 in der Gruppe III B des RSHA entstanden ist<sup>21</sup>. Der Text ist allem Anschein nach verlorengegangen, jedoch finden wir den Inhalt umfassend und wohl authentisch gespiegelt in der kritischen Behandlung durch zwei Aufzeichnungen des Ostministeriums. Einmal handelt es sich dabei um das Gedächtnisprotokoll einer Sitzung über „Fragen der Eindeutschung“, zu der sich Vertreter von Dienststellen des Ostministeriums und der SS am 4. Februar 1942 zusammengefunden hatten (Dokument Nr. 1), zum anderen um eine ausführliche Niederschrift vom 27. April des gleichen Jahres, die sich speziell und gründlich mit der RSHA-Konzeption befaßt: „Stellungnahme und

<sup>17</sup> Aussage Dr. Ehlichs in Nürnberg (Prozeß VIII Prot. [dt.] S. 617).

<sup>18</sup> So nach Aussage Dr. Maedings, eines Mitarbeiters dieses Amtes, in Nürnberg (VIII Prot. [dt.] S. 2208).

<sup>19</sup> Aussage Dr. Ehlichs in Nürnberg (VIII Prot. [dt.] S. 562), erwähnt auch in einem Bericht des HSSPF Danzig-Westpreußen vom Januar 1940 (NO-2275).

<sup>20</sup> NO-1761.

<sup>21</sup> In seiner Nürnberger Aussage erwähnte der ehemalige Gruppenleiter III B unter dem gleichen Titel laufende Planungen betr. Polenevakuierungen aus dem Jahre 1940 und belastete mit diesen Projekten das Amt IV (Gestapo) des RSHA (VIII Prot. [dt.] S. 617 ff.). Zumindest jedoch bei der späteren, die sowjetischen Gebiete einschließenden Planung dürfte die maßgebliche Beteiligung von III B kaum angezweifelt werden können.



Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers SS“ (Dokument Nr. 2). Verfasser ist in beiden Fällen der rassenpolitische Dezernent des Ostministeriums, Amtsgerichtsrat Dr. Erhard Wetzel.

Wer war dieser Dr. Wetzel? Am 7. Juli 1903 in Stettin geboren, hatte er Jura studiert und war zur Zeit der Machtübernahme Gerichtsassessor. Da seine Parteidaten das ominöse Eintrittsdatum 1. Mai 1933 ausweisen, war er also kaum Nationalsozialist aus Überzeugung, sondern gehörte zu jenen berüchtigt gewordenen „Malkäfern“, die es nach Notverordnung, Ermächtigungsgesetz und Gleichschaltung im Interesse ihres beruflichen Vorwärtskommens für empfehlenswert gehalten hatten, sich umgehend und sichtbar in die siegreichen Bataillone einzureihen. 1936 wurde er in Potsdam Amtsgerichtsrat, während in der Partei für den ebenso servilen wie strebsamen Mann geeignete Verwendung im Rassepolitischen Amt der Reichsleitung gefunden worden war, wo er sich 1939 bis zum Hauptstellenleiter und Vorsteher der Beratungsstelle emporgedient hatte.

Als zwei Jahre später der schon halb ausrangierte Cheftheoretiker des nationalsozialistischen Ideologie-Konglomerats, Alfred Rosenberg, überraschend mit der vorgeblichen Leitung der Ostpolitik betraut wurde und sich aus den Mitarbeitern seiner weltanschaulichen Koordinierungs-Dienststelle, aus abkommandierten Verwaltungsbeamten dritter Wahl, mehr oder weniger beschäftigungslosen SA-Führern und Ostexperten jeder erdenklichen Provenienz sein Ministerium zusammenbaute, bemühten sich viele Partei- und Staatsdienststellen, und zwar gewöhnlich mit Erfolg, einen Vertrauensmann aus ihren Reihen in der neuen Behörde zu installieren. Für das Rassepolitische Amt war es so Dr. Wetzel, der mehr oder weniger als V-Mann ein Zimmer in der Kurfürstenstraße bezog, um an der fälligen Revision des Hunneneinfalls vom Jahre 375 mitzuwirken<sup>22</sup>, der außerdem jedoch weiterhin im Rassepolitischen Amt der NSDAP tätig war und ferner nach wie vor im Amtsgericht Potsdam für die Berücksichtigung des „gesunden Volksempfindens“ in der Rechtsprechung sorgte.

Da Wetzel seinen neuen Kollegen im Ostministerium meist nicht recht sympathisch war, seine solide Verwurzelung in der Partei aber Unfreundlichkeiten ihm gegenüber ebensowenig empfahl wie seine nicht ganz durchsichtige Beziehung zum Reichssicherheitshauptamt, wollte niemand gern für ihn zuständig sein. So verfaßte er etwa das Protokoll vom 7. Februar noch als Angehöriger von Bräutigams Abteilung I/1, während er zur Zeit der Abfassung seines Memorandums vom 27. April offenbar bereits dem Hauptabteilungsleiter I direkt unterstellt war, nachdem für ihn und einige ähnlich gelagerte Fälle sogenannte „Sonderdezernate“ geschaffen worden waren (so hier das Sonderdezernat Ie Rassenpolitik).

Wetzel war bienenfleißig. Ehemalige Vorgesetzte attestieren ihm dabei ein Faible

<sup>22</sup> Diese erstaunliche Rechtfertigung deutscher Ostpolitik stammt von Rosenberg persönlich, der sich einst auf der Krim Felsenlöcher hatte zeigen lassen, in denen sich die Nachfahren der versprengten Mannen des Königs Hermanarich, ostgotische Landsleute also des eigentlich zum „Herrn des Ostens berufenen“ Theoderich, bis ins 16. Jahrhundert gehalten haben sollen (Ansprachen Rosenbergs am 20. 6. und 30. 10. 41 in 1058-PS und 1539-PS).

für sorgfältige, detaillierte Ausarbeitungen und Entwürfe. So liegt im Nürnberger Material etwa eine von ihm als Hauptstellenleiter im Rassepolitischen Amt Ende 1939 verfaßte Denkschrift „Die Frage der Behandlung der Bevölkerung der ehemaligen polnischen Gebiete nach rassenpolitischen Gesichtspunkten“ vor<sup>23</sup>, die eine ähnliche Akribie aufweist wie das hier veröffentlichte Schriftstück. Dieses Elaborat aus dem Jahre 1939 enthält nun zwar all die abstrusen Elemente damaligen Größenwahns, darüber hinaus jedoch auch Gedankengänge, die an nationalsozialistischen Schreibtischen einige Verwunderung hervorgerufen haben dürften, propagierte Wetzels doch nicht mehr und nicht weniger als die kulturelle und wirtschaftliche Besserstellung der jüdischen und „jüdisch durchseuchten“ Bevölkerung gegenüber den Polen.

Allerdings sollten mit dieser Methode nur die Polen „wirtschaftlich stärker geknebelt“ und die Juden „auswanderungsfähig“ erhalten werden, denn keine zwei Jahre später sehen wir Wetzels schon emsig und ebenso sorgfältig mit den Vorbereitungen für die Vergasung dieser Juden beschäftigt. Daß er sich hierbei kompromißlos und radikal erwies, findet vielleicht seine Erklärung nicht zuletzt darin, daß er, wie so mancher andere Extremist, jener Zeit an einem für die damaligen Verhältnisse charakteristischen Trauma litt. Wie etwa Heydrich in rassischer oder Freisler in politischer Hinsicht nach nationalsozialistischen Elitebegriffen nicht „einwandfrei“ waren, so hatte Wetzels ein Manko in ethnischer Hinsicht zu kompensieren, da nämlich seine Ahnentafel durch einige kaschubische Vorfahren verunstaltet wurde. Besonders peinlich waren ihm diese Vorväter deshalb, da sie in seinem Äußeren unübersehbare slawische Spuren hinterlassen hatten und er deshalb die begehrten Attribute jener germanischen Männlichkeit entbehren mußte, deren Abbildungen damals nordisch-dümmlich die einschlägige Literatur bereicherten. Im vertrauten Freundeskreis beklagte er gelegentlich das gerade ihm zugefallene Los und wies entschuldigend darauf hin, daß seine Geschwister in ihrem Habitus weitaus germanischer seien als er.

Soviel zu dem Verfasser dieser beiden Dokumente. Wetzels avancierte Mitte 1942 zum Oberregierungsrat und 1944 gar noch zum Ministerialrat<sup>24</sup>, da er der ihm mehrfach nahegelegten Versuchung, seinem Vaterlande an der Front zu dienen, im Interesse seiner wichtigen Heimataufgaben zu widerstehen vermochte. Er ist nach dem Krieg verschollen: umgekommen oder untergetaucht<sup>25</sup>. Noch die letzten dokumentarischen Nachweise, die von ihm erhalten sind<sup>26</sup>, zeigen ihn jedoch in enger Zusammenarbeit mit dem Gruppenleiter III B des RSHA, so daß er wohl als zuverlässiger Interpret auch jenes vom RSHA stammenden Teils des Generalplans Ost gelten darf. Diesen hat Wetzels übrigens auch einigen Kollegen im Ostministerium vorgelegt und ihre Stellungnahme dazu erbeten, so daß die von ihm

<sup>23</sup> NO-3732.

<sup>24</sup> NO-2491, NO-1803.

<sup>25</sup> Ein früherer Kollege will ihn noch in einem Lager in der sowjetischen Zone gesehen haben.

<sup>26</sup> NO-2488/90.

gemachten Einwände nicht unbedingt eigenes Gedankengut sein müssen, sondern wohl zu einem erheblichen Teil auch Auffassungen aus dem Kreis um Rosenberg wiedergeben, denen Wetzel sich nicht ganz verschließen konnte. Immer wieder stößt der Leser nämlich auf jene heterodoxen, für die „milde Tour“ plädierenden Auffassungen, die aus dem Ostministerium heraus größtenteils vergeblich zur Verwirklichung drängten und hier sogar durch das wenig geeignete Medium Wetzel erkennbar werden: handelt es sich nun um eine Kritik an den Auslesemaßstäben der SS, um den Hinweis auf die Unmöglichkeit, von einem Volk den einen Teil „einzudeutschen“, den anderen aber zwangsweise zu evakuieren, oder aber um die Erkenntnis der Sinnlosigkeit, einen Menschen erst zu enteignen und zu verschleppen, von ihm dann aber ein Bekenntnis zum Volkstum seiner Drangsalierer zu verlangen.

Die beiden Dokumente Wetzels werden im folgenden in seinem Originalstil abgedruckt. Verbessert worden sind lediglich einige wenige ausgesprochene Tippfehler, während falsche Satzkonstruktionen oder etwa das ständige „als wie“ unverändert übernommen wurden. Einen Hinweis verdient vielleicht noch die mehrfach durchklingende und den mit nationalsozialistischem oder völkischem Schrifttum Vertrauten auf den ersten Blick leicht konsternierende Erkenntnis, daß für das, was man damals „Kolonisierung des Ostraums“ nannte, auch nicht annähernd genügend „Kolonisten“ zur Verfügung standen, um wenigstens einen provisorischen Rahmen zu füllen. Den doch angeblich so elementaren „Siedlungstrieb“ des deutschen Volkes galt es überhaupt erst wieder zu erwecken, und angesichts der deutschen Geburtenziffern konnte nur noch die „Eindeutschung“ und „Umvolkung“ (wie sie sich das bloß vorstellten!) rassistisch hochqualifizierter „Restbevölkerungen“ helfen. Kurz: aus dem Volk ohne Raum war urplötzlich ein Raum ohne Volk geworden.

Die ersten Überlegungen im Amt Rosenberg vom April des Jahres 1941 hatten daher sogar die Ansiedlung von Dänen, Norwegern, Holländern und – Engländern in Erwägung gezogen, um all die Lücken zu füllen, die in den Aussiedlungsgebieten nach Verwendung des „moskowitzischen Rußland als Abschubgebiet für unerwünschte Bevölkerungselemente in größerem Ausmaße“ entstehen mußten<sup>27</sup>. Und mit gutem Grund konnte der Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes, SS-Gruppenführer Hofmann, in einer Art Bodenrausch 1942 an die Front schreiben:

„Eins können Sie Ihren Männern draußen auf jeden Fall sagen: Es ist Land da für jeden, der siedlungswillig ist. Darüber hinaus werden auch die Kinder unserer

<sup>27</sup> 1017/18-PS. – In dieser in Anm. 3 erwähnten Denkschrift heißt es betr. die baltischen Staaten: „Die Ansiedlung einer mengenmäßig bedeutenden deutschen Landbevölkerung müßte in Angriff genommen werden, evtl. könnte ein großes Kontingent dafür geeigneter deutscher Siedler aus den Wolgadeutschen – nach Ausscheidung der unerwünschten Elemente – entnommen werden. In Frage käme aber auch die Ansiedlung von Dänen, Norwegern, Holländern und – nach siegreicher Beendigung des Krieges – auch von Engländern, um im Laufe einer oder zweier Generationen dieses Gebiet als neues eingedeutschtes Land dem deutschen Kerngebiet anschließen zu können.“



Soldaten und deren Kinder in den späteren Jahren noch Land genug vorfinden. Es braucht also niemand Angst zu haben, daß er zu spät kommt<sup>28</sup>.“

Diese in allen totalitären Systemen beliebte, zur Ablenkung von der Misere der Gegenwart sich empfehlende großzügige Fürsorge für die „kommenden Generationen“ bot jedoch kaum einen Ausweg aus der Kalamität des Augenblicks, die einiges Kopfzerbrechen auch im Stabshauptamt des RKF bereitet hat, wo Himmler die raumpolitischen Grundlagen seines Generalplans Ost bearbeiten ließ.

Hier hatte der Leiter der Hauptabteilung II Planung (später Amt VI) und Direktor des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik der Universität Berlin, SS-Standartenführer (1942 Oberführer) Prof. Dr. Konrad Meyer, bereits im Frühjahr 1941 anlässlich einer Siedlungsausstellung der Technischen Hochschule Berlin vom Reichsführer-SS den Auftrag erhalten, eine Siedlungs- und Raumplanung für die polnischen Gebiete auszuarbeiten. Die Ergebnisse legte Meyer Himmler in einer Denkschrift vom 15. Juli 1941 vor und der interessierten Öffentlichkeit in einem Referat, das er bei der Eröffnung der Ausstellung „Planung und Aufbau im Osten“ am 23. Oktober 1941 in Posen hielt<sup>29</sup>. Volkstumspolitisch gingen diese seine Anregungen kaum über die Wiederherstellung des status quo ante 1918 hinaus<sup>30</sup>.

Anlässlich eines Vortrags bei Himmler am 27. Januar 1942 bekam Meyer einen weitergehenden Auftrag und neue Richtlinien, die nun den russischen Raum einbezogen<sup>31</sup>. Unter dem 28. Mai 1942 lieferte er – um den theoretisch-utopischen Charakter zu betonen, nunmehr im Gegensatz zu den bisherigen Arbeiten demonstrativ als Untersuchung seines Universitätsinstituts<sup>32</sup> – eine umfangreiche Denkschrift „Generalplan Ost – Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus“ ab. Diese Ausarbeitung selbst ist nicht greifbar, da sie in dem von den Amerikanern als Beweismaterial gegen Meyer zusammengestellten Dokumentenbündel fehlt<sup>33</sup>, wohl aber existiert eine damals als Anlage 2 beigelegte sechsstufige Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse des Haupttextes<sup>34</sup>.

Meyer unterschied darin das „Siedlungsgebiet“ der eingegliederten polnischen Gebiete von den in Rußland anzulegenden „Siedlungsmarken“ und „Siedlungsstützpunkten“. Die Marken sollten aus dem bisherigen Territorialverband ausgegliedert und der Hoheitsgewalt des RFSS/RKF unterstellt werden, der die „Markhauptleute“ einsetzen und die Siedler mit „Zeitliehen“, „Erbiehen“ und „Eigentum besonderen Rechts“ belehnen würde. Als Marken, die innerhalb von 25 Jahren zu 50% „eingedeutscht“ werden sollten, waren vorgesehen: Ingermanland, ein so-

<sup>28</sup> An Hptm. Spengemann am 1. 10. 42 (NO-4111).

<sup>29</sup> NO-3348.

<sup>30</sup> Vgl. die Aussage Meyer-Hetlings in Nürnberg (VIII Prot. [dt.] S. 2133).

<sup>31</sup> Ein Niederschlag findet sich auch in 910-PS.

<sup>32</sup> Aff. Dr. Erhard Maedings (VIII VDB Meyer-Hetling Nr. 120) und seine Aussage (VIII Prot. [dt.] S. 2209 f.), Aussage Prof. Meyer-Hetlings in Nürnberg (VIII Prot. [dt.] S. 2141).

<sup>33</sup> Die Verteidigung stellte daher in ihrem Schlußplädoyer den Antrag, dieses Dokument NO-2255 „als nicht vollständig als Beweisstück auszuschließen“ (VIII Pläd. Meyer-Hetling [dt.] S. 147).

<sup>34</sup> NO-2255; vgl. auch einen Aktenvermerk Meyers vom 23. 2. 42 (NG-1118).

nannter „Gotengau“ (Krim und Cherson) sowie das Memel- und Narewgebiet – ein vergleichsweise also recht bescheiden anmutendes Programm. Dazu sollten lediglich noch 36 Stützpunkte kommen, für die zunächst eine Eindeutschung zu 20 bis 30% vorgesehen war und die – in Himmlers fast poetischen Worten – „die großen deutschen Lebensadern an Straßen und Bahnen an ihren Schnittpunkten durch kleine Städte mit rund 20 000 Einwohnern und einen Kranz deutscher Dörfer in einem Radius vom 5 bis 10 km sichern“ sollten<sup>85</sup>.

Für das Gesamtprojekt hatte Meyer eine „Siedler- und Kostenbilanz“ aufgestellt, die folgendermaßen aussah:

„I. Siedlerbilanz:

a) Eingegl. Ostgebiete:	erforderlich	vorhanden
	4 Mill. Menschen,	aus dem Altreich,
	hiervon gehen	Umsiedler aus
	durch vorhandene	Übersee, germani-
	Umsiedler und	sche Siedler aus Eu-
	Eindeutschung	ropa, weitere Ein-
	2,5 Mill. ab	deutschungsfähige
	<u>verbleibender Bedarf:</u>	aus den besetzten
	1,5 Mill. Menschen	Ostgebieten:

b) Marken und Stützpunkte (besetzte Ostgebiete)  
Gesamtbedarf

3,35 Mill. Menschen

4,85 Mill. Menschen

insg. 5,65 Mill. Menschen

Gesamtbedarf

4,85 Mill. Menschen

Überschuß

0,8 Mill. Menschen

II. Kostenbilanz:

Bedarf:

a) eingegl. Ostgebiete .... 45,7 Milld. RM

b) Marken und Stützpunkte  
(besetzte Ostgebiete) ... 20,9 Milld. RM

insgesamt ..... 66,6 Milld. RM

Ist man vielleicht auch geneigt, über eine solche Milchmädchenrechnung zu lächeln, so ist doch gerechterweise anzumerken, daß sie sich in einer ganz anderen Größenordnung bewegt als die Zahlen, mit denen die Um- und Aussiedlungsexperten des RSHA jonglierten. Es ist deshalb verständlich, daß diese Professorenexpertise kaum geeignet war, Himmlers ungeteilte Zustimmung zu finden. Seine Antwort vom 12. Juni 1942 zeigt aufschlußreich den Anteil des Reichsführers SS an der Generalplanung Ost und seine diesbezüglichen Auffassungen (Dokument Nr. 3).

Es war kein Erfolg zurückkehrender Vernunft, sondern das Ergebnis umschlagenden Kriegsglücks, daß der Generalplan Ost, von dem wir hier zwei Teilaspekte be-

<sup>85</sup> Aktennotiz vom 21. 7. 42 (NO-2278).

trachtet haben, eine Schimäre geblieben ist. Wurden zwar etwa 10000 Volksdeutsche rund um Himmlers Hauptquartier „Hegewald“ angesiedelt<sup>36</sup>, so waren dafür in erster Linie Gesichtspunkte der Partisanenbekämpfung ausschlaggebend; bewirtschaftete die SS einige 600000 ha Land durch „SS-Bauern“<sup>37</sup>, so ging es vornehmlich um die Versorgung der Waffen-SS-Verbände im Osten; und kamen holländische Fischer und Siedler zum Osteinsatz und wurde die Heranziehung französischer Industrie und belgischer Bauern und Arbeiter zumindest erwogen<sup>38</sup>, so lediglich unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung von Landesprodukten.

Für Teilräume aber liefen Einzelplanungen weiter, und manche skurrile Idee erblickte noch das Licht der Welt, um nur allzubald von der rauhen Wirklichkeit in die Ablage der Registraturen verwiesen zu werden. Als Beispiel sei die Krim erwähnt, deren Jaltaküste sich in einzigartiger Weise für eine Synthese deutscher Südsehnsucht und Ostpolitik anbot und dereinst zur „deutschen Riviera“ werden sollte. Bereits im August 1941 hatte Hitler für dieses Gebiet persönlich die Ausiedlung der dortigen Bevölkerung verlangt, – „wohin, ist mir ganz wurscht, Rußland ist groß genug“<sup>39</sup>! Als Siedlungsinteressenten dachte man – neben den autochthonen Volksdeutschen – für das erste Treffen an die Palästinadeutschen, zum anderen fand ein Plan des Krim-Generalkommissars Frauenfeld, die Südtiroler dort „anzusetzen“, bei Hitler und Himmler freundliches Interesse. „Für Burgund“, so kommentierte letzterer großzügig, „werden wir dann eben einen anderen Volkstamm oder eine andere Bevölkerung finden“<sup>40</sup>. Die Kriegereignisse hinderten zwar den Reichsführer daran, eine Bevölkerung für die offenbar – so könnte man meinen – menschenleere Franche Comté zu „finden“ und die Südtiroler an die Ufer des Schwarzen Meeres zu verpflanzen, ein „SS-Krimkommando“ bereitete an Ort und Stelle aber buchstäblich bis zur Räumung im April 1944 die deutsche Besiedlung vor, verfolgte die „Spuren der Goten“, erörterte „Methoden der Klimasteuerung“, erarbeitete eine „Bewässerungsplanung“ und was es an derartigen, im Kriege so vordringlichen Aufgaben noch alles gab<sup>41</sup>.

Zu dieser Zeit war in Berlin die Begeisterung schon längst merklich abgekühlt. Im Stabshauptamt war man noch einige Monate mit der Aufgabe beschäftigt gewesen, Unterlagen für den von Himmler verlangten „Generalsiedlungsplan“ (s. Dok. Nr. 3) zu sammeln. Als diese von Meyer, der inzwischen zum Amtsgruppenchef C ernannt war, einen Tag vor Weihnachten 1942 vorgelegt wurden, war Rommel inzwischen vor El Alamein in die Flucht geschlagen worden, hatten die Amerikaner in Marokko und Algier in den Krieg eingegriffen und befand sich die 6. Armee im sowjetischen Würgegriff um Stalingrad. Trotzdem ordnete Himmler

<sup>36</sup> NO-2703, NO-768.

<sup>37</sup> NO-4108, NO-4113, NO-4880 u. a.

<sup>38</sup> NO-2740/45, NO-4481 u.a., 040-PS, NI-1830.

<sup>39</sup> NG-2775 (Aufzeichnung v. Etsdorfs nach Mitteilungen Gen. Kons. Bräutigams v. 12. 8. 41); vgl. auch 221-L, NO-1734 und NO-2209. Entsprechende Weisungen für „Taurien“ gab dann auch Rosenberg zwei Monate später (1057-PS).

<sup>40</sup> NO-2417, NG-4523, NO-4009.

<sup>41</sup> NO-4009.

noch am 12. Januar 1943 an, Litauen, Estland, Lettland, Weißruthenien, Ingermanland, die gesamte Krim und Taurien in den Generalsiedlungsplan einzubeziehen<sup>42</sup>. Danach wurde es ruhig, denn Hitlers Erlaß vom darauffolgenden Tage befahl die nunmehr vollkommene Einstellung aller „Vorbereitungen und Planungen für künftige Friedensaufgaben“<sup>43</sup>. Das Ende des Kessels von Stalingrad bedeutete auch das Ende aller Projekte für die „Zeit nach Barbarossa“, für die Zerteilung des Hitlerschen „Kuchens“, für die Zerlegung der Rosenbergschen „Apfelsine“ – wenn auch die phantastischen Zielsetzungen der politischen Führung „unverrückbar“ blieben<sup>44</sup>.

Trotz seiner Beschränkung auf das Reich der Tagträume ist der Generalplan Ost eine eindrucksvolle Dokumentation einer aus den Fugen geratenen Zeit. Die Pathologen, die hier gleichsam um das Schicksal ganzer Völker würfelten, fanden später Schüler, die einen vorgefundenen Spieß nur mehr umzudrehen brauchten und schließlich das besaßen, was ihren Vorgängern allein noch gefehlt hatte: die Gelegenheit und die Ruhe zur Ausführung. Denn daß jene „konsequent biologischen“ Pioniere des neuzeitlichen Antihumanismus, die Millionen von Juden vernichtet haben, kaum davor zurückgeschreckt wären, die polnischen Bauern und Handwerker „über den sibirischen Raum zu verstreuen“, die ja „an sich zur Wanderung neigenden“ Russen durch Absiedlung „rassisch auszulaugen“, unerwünschte Volksteile zu „verschrotten“, Hebammen „zu Abtreiberinnen auszubilden“ usw. usw., daran ist leider nach allem faktisch Geleisteten kein Zweifel möglich. Es ist wohl nützlich, sich von Zeit zu Zeit dessen zu erinnern, – auch und gerade dann, wenn man der Überzeugung ist, daß die böartigen Wahngestalten nationalsozialistischer „Raumgestalter“ ein klägliches Alibi abgeben für grauensvolle Dinge, die nach ihrem Fiasko geschehen sind. Wie hatte Professor Konrad Meyer in seiner oben erwähnten Posener Rede absichtslos ahnungsvoll gesagt? „Wer an der Neuordnung des Ostens mitzuwirken berufen ist, muß Glauben, Phantasie und Mut haben.“

Was das hektische Umsiedlungsgetriebe anlangt, standen Meyer und sein Planungsamt an einer relativ bedeutungslosen Stelle. Die aber wirklich „berufen“ waren, auch sie brauchten und hatten Phantasie, Mut und Glauben: die Phantasie, jene abwegigen Hirngespinnste auszubrüten, – den Mut, an die Ausführung ihrer Zwangsvorstellungen heranzugehen, – und den Glauben, daß ein gewonnener Krieg dereinst ihre Taten rechtfertigen und sie der Verantwortung entheben würde. Die nach ihnen kamen, hatten den Vorteil, warten zu können, bis aus dem Glauben Gewißheit geworden war.

*Helmut Heiber*

<sup>42</sup> NO-2255.

<sup>43</sup> Erwähnt im RdErl RMdI vom 6. 4. 43. „Einstellung von Planungen“ (MBIV 1943, S. 580).

<sup>44</sup> Vgl. Himmlers Posener Rede vom 3. 8. 44 in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 393 f.

## Dokument Nr. 1 (NO-2585)

Hauptabteilung I  
I/1/1263/41

Berlin, den 7. Februar 1942

GEHEIM!<sup>1</sup>

Vorzulegen

Herrn Dr. Bräutigam<sup>2</sup>

Eingegangen

11. MRZ. 1942

Erh. I 1. 251/42g<sup>1</sup>

## Bericht

über die Sitzung am 4. 2. 1942 bei Dr. Kleist über die Fragen der Eindeutschung, insbesondere in den baltischen Ländern.

Zu der Sitzung waren u. a. eine Reihe von Vertretern der interessierten Stellen erschienen.

Die Sitzung wurde von Dr. Kleist geleitet; außerdem waren vom Ostministerium zugegen: Dr. Kinkel, Prof. v. Mende, AGR Weitnauer, ORR Labs, Assessor Schütte<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Stempel; der Eingangsstempel mit handschriftlicher Eintragung der Aktennummer. – Auf Blatt 1 befinden sich folgende handschriftliche Vermerke:

a) Über H. Dr. Leibbrandt Herrn Gauleiter vorgelegt (mit Paraphen L<eibbrandt> 12/2 und M<eyer>), H. Abt. II z. Ktn.

b) Abt. Ostland (Unterrichtung des Reichskommissars?) Br<äutigam> 11/2

c) Hier eingelaufen am 25. 2.! Weitergabe an RK nicht empfehlenswert. Kl<eist> Z.D.A. Kl<eist>

d) R. R. Lindemann L<ab>s 27/2.

<sup>2</sup> Ministerialdirigent Dr. Otto Bräutigam, geb. 14. 5. 1895, seit 1920 im Auswärtigen Dienst und von 1923–41 in verschiedenen diplomatischen und konsularischen Stellungen in der Sowjetunion, seit 1941 im Ostministerium Leiter der Abt. I 1 (Allgemeine politische Angelegenheiten) und Vertreter des Hauptabteilungsleiters I, Ministerialdirektor Dr. Leibbrandt.

<sup>3</sup> Dr. Bruno Peter Kleist, geb. 29. 1. 1904, SS-Sturmabführer (Januar 1943 Obersturmbannführer), seit 1935/36 bei der Dienststelle Ribbentrop, 1941 zum Ostministerium kommandiert (Januar 1943 Ministerialdirigent) und Leiter der Abt. I 2 (Ostland).

Dr. Wilhelm Kinkel, geb. 25. 8. 1896, SS-Oberführer (Juli 1943 Brigadeführer) und als Ministerialdirigent Leiter der Abteilungen I 3 (Ukraine) und I 7 (Volkstums- und Siedlungspolitik) im Ostministerium.

Prof. Gerhard v. Mende, geb. 25. 12. 1904, seit 1936 Privatdozent (1940 ao. Prof.) für russische Nationenwissenschaft an der Universität Berlin, Leiter der Abt. I 5 (Kaukasus) im Ostministerium.

Amtsgerichtsrat Dr. Weitnauer, geb. Juli 1910, Gruppenleiter II 5 d (Bürgerliches und Handelsrecht) in der Abt. II 5 (Rechtswesen).

Oberregierungsrat Dr. Labs, Leiter der Abt. II 1 (Innere Verwaltung) in der Hauptabt. II (Verwaltung).

Assessor Dr. Ehrenfried Schütte, Referent in Kleists Abt. I 2 (Ostland).



Die Dienststellen des Reichsführers SS waren wie folgt vertreten:

Reichssicherheitshauptamt Obersturmbannführer Gummitsch, als Vertreter von Standartenführer Ehlich<sup>4</sup>.

(Interessant war hierbei, daß Gummitsch, obwohl er von der interessiertesten und stärksten Stelle der Dienststellen des Reichsführers SS kam – ich darf darauf hinweisen, daß der Generalplan Ost von dieser Stelle stammt – in der Sitzung überhaupt nicht das Wort ergriff),  
ferner Pg Girgensohn.

Rasse- und Siedlungshauptamt

Standartenführer Prof. B. K. Schulz<sup>5</sup>

Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums

Abteilungsleiter Schubert<sup>6</sup>

Vom Institut für Grenz- und Auslandsstudien war Dr. Teich erschienen<sup>7</sup>.

Außerdem nahm an der Sitzung Prof. Eugen Fischer vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie teil<sup>8</sup>.

Nachdem Dr. Kleist einleitend die Probleme im Ostland aufgezeichnet hatte, die aus einer evtl. Eindeutschung erwachsen und auch Prof. Fischer und Dr. Kinkel in sich geäußert hatten, nahm dann B. K. Schulz dahin Stellung, daß man unterscheiden müsse zwischen Bevölkerungsteilen im Ostland, die rassistisch für eine Eindeutschung

<sup>4</sup> Gemeint ist der Leiter des Referats III B 1 (Volkstumsarbeit) in Dr. Ehlichs (zu E. s. u. Anm. 14) Gruppe III B (Volkstum), SS-Hauptsturmführer Heinz Hummitzsch, geb. 16. 2. 1910. – Der folgende Klammerinhalt so im Text. – Bei dem Pg. Girgensohn handelt es sich um den Rußlanddeutschen Theodor G., geb. 26. 12. 98, damals Vertragsangestellter, ab Nov. 42 Regierungsrat im Amt VI/RSMA.

<sup>5</sup> SS-Standartenführer Prof. Bruno Kurt Schultz, geb. 3. 8. 1901, seit 1936 Dozent (1938 ao. Prof.) für Rassenbiologie an der Universität Berlin und später Ordinarius in Prag; Chef des Rassenamtes (Amt I) im Rasse- und Siedlungshauptamt seit Herbst 1941 (endgültig ernannt 1. 2. 1942).

<sup>6</sup> SS-Hauptsturmführer Schubert, Leiter der Abt. I 3 (Volkstum) im Amt I (Umsiedlung und Volkstum) des Stabshauptamtes RKF. Nach der Nürnberger Aussage Dr. Ehlichs ist das Amt (zunächst Hauptabteilung) I/Umsiedlung und Volkstum im Stabshauptamt RKF wesentlich an der Generalplanung Ost beteiligt gewesen (VIII Prot. [dt.], S. 617 ff., vgl. auch Pläd. Vert. Meyer-Hetling, S. 148 und 151), in den zugänglichen Dokumenten finden sich allerdings keine weiteren Belegstücke dafür.

<sup>7</sup> Das Institut für Grenz- und Auslandsstudien in Berlin-Steglitz (Leiter: Prof. Dr. Karl C. v. Loesch) befaßte sich mit der „wissenschaftlichen Erforschung grenz- und auslandsrechtlicher Probleme auf Grundlage des Volkstums, der Sprache usw.“. Dr. Gerhard Teich war Assistent an diesem Institut. In der von ihm bearbeiteten Zusammenstellung „Völker, Volksgruppen und Volksstämme auf dem ehemaligen Gebiet der UdSSR“ finden wir als Helfer mit Dank erwähnt: das Rasseamt des RuSHA, Prof. v. Mende, SS-Staf. Prof. B. K. Schultz und schließlich auch Dr. Wetzell.

<sup>8</sup> Prof. Dr. med. Eugen Fischer, geb. 5. 6. 1874, von 1918–42 Ordinarius für Anthropologie in Freiburg und Berlin, 1927–42 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem, Verfasser zahlreicher anthropologischer und – z. T. in Zusammenarbeit mit Hans F. K. Günther – auch rassenkundlicher Werke.

in Betracht kämen, und solchen, die abgelehnt werden müßten. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß er offensichtlich doch dazu wohl neigte, daß der größere Teil der Bevölkerung nicht für eine Eindeutschung in Betracht käme. Er war der Auffassung, daß die rassisch Unerwünschten nach dem Osten evakuiert werden müßten, während die rassisch Erwünschten im Altreich oder evtl. auch im Ostland zur Eindeutschung gelangen sollten. Schubert vertrat dann in noch schärferer Weise diesen Standpunkt, indem er darauf hinweis, daß die Unerwünschten nach Westsibirien evakuiert werden müßten. Einleitend hatte er nochmals die alleinige Zuständigkeit des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in allen diesen Fragen betont. Er ging davon aus, daß die Überprüfung der Polen nur 3% rassisch wertvoller und damit eindeutschungsfähiger Polen ergeben habe. Wie mir B. K. Schulz später mitteilte, war diese Angabe Schuberts falsch. Die bisherigen Untersuchungsziffern, die sich nur auf ländliche Bevölkerung erstrecken, liegen auf 5%. Die städtische Bevölkerung, bei denen die Prozentsätze der rassisch Wertvollen bedeutend höher liegen dürfte, ist bisher überhaupt noch nicht untersucht worden. Diese Ergebnisse müßten Schubert bekannt sein! Auch bei den baltischen Völkern, führte Schubert weiter aus, sei die Zahl der rassisch Wertvollen nicht so erheblich. Eine Besiedlung des Landes mit Deutschen sei nicht unmöglich. Gegenüber diesen Äußerungen wurde von unserer Seite folgendes eingewandt:

Werden die einzelnen Völker durch die Abschiebung der rassisch Unerwünschten getrennt dadurch, daß eine zwangsweise Abschiebung der rassisch Unerwünschten in die Osträume, insbesondere nach Sibirien, erfolgt, so kann dies doch nur die Folge haben, daß auch die rassisch Erwünschten, zumal irgendwelche Sippenzusammenhänge mit den anderen Volksteilen bestehen, nicht daran denken werden, sich eindeutschend zu lassen. Kommt insbesondere dann noch hinzu, daß sie in das Altreich übersiedeln müssen, so könnte hier noch erschwerend hinzukommen, daß die Betroffenen nicht geeignete Stellen erhalten, daß sie sozial schlechter gestellt werden, so daß auch aus diesem Grunde die Eindeutschungsbereitschaft zunichte gemacht werden könnte. Es sei zu erwägen, ob nicht durch die Industrialisierung des baltischen Raumes zweckmäßigerweise die rassisch unerwünschten Teile der Bevölkerung verschrottet<sup>9</sup> werden könnten. Gäbe man ihnen eine angemessene Bezahlung, hebe man insbesondere auch ihren kulturellen Zustand, sei wahrscheinlich ein Sinken der Geburtsziffer zu erwarten. Prof. Fischer erklärte darauf, gegen den Gedanken der Verschrottung Bedenken zu haben, da die bessere Lebenshaltung leicht zu einer Erhöhung der Geburtenziffer führen könne (diese Äußerung Fischers ist nur insofern richtig, als es sich um ausgesprochen Asoziale handelt). Von Seiten der Vertreter der SS wurde gleichfalls gegen den Gedanken der Verschrottung der rassisch Unerwünschten im Ostland Einspruch erhoben. Schubert behauptete, der Führer habe ihre Evakuierung bereits befohlen. Pg. Girgensohn vom Reichssicherheitshauptamt machte dann längere Ausführungen dahin, daß zwar eine zwangsweise Evakuierung der unerwünschten Bevölkerungsteile im Baltikum äußerst bedenklich und daher abzulehnen sei. Bereits in der Zarenzeit sei jedoch bei Esten, Letten usw. der Zug bemerkbar gewesen, in die eigentlichen russischen Gebiete freiwillig auszuwandern, wenn ihnen dort feste Stellen geboten würden. Er sei davon überzeugt, daß noch heute im Wege einer derartigen freiwilligen Umsiedlung sehr viel erreicht werden könne. Die Praxis habe jetzt ergeben, daß man mit russischen Kräften eine Verwaltung der Gebiete nicht aufbauen könne. Man sei deshalb, zumal ja die deutschen Kräfte in keiner Weise ausreichen, gezwungen, mit Hilfe anderer Fremdvölkischer zu arbeiten.

<sup>9</sup> Dies nach Erinnerung verschiedener Angehöriger des ehemaligen Ostministeriums ein Spezialausdruck Wetzels, der seinerzeit einiges Aufsehen erregt haben und auch von Rosenberg kritisiert worden sein soll.

Ihm erschien es daher sehr angebracht, die rassisch unerwünschten Angehörigen der Baltikumvölker hier als eine Mittelschicht einzubauen. Die Betroffenen müßten für ihre Verhältnisse gut bezahlt werden. Eine Russifizierung sei kaum zu erwarten. B. K. Schulz erklärte darauf, daß auch er große Bedenken gegen die zwangsweise Evakuierung aus diesen Ländern nach Sibirien bekommen habe. Man müßte versuchen, eine freiwillige Umsiedlung zu erreichen. Auch Schubert schloß sich diesen Ausführungen an. Er erklärte, die Deutschen müßten die Stellung der Spartiaten, die aus Letten, Esten u. dgl. bestehende Mittelschicht die Stellung der Periöken<sup>10</sup>, die Russen dagegen die Stellung der Heloten haben. Die Auffassung von Pg. Girgensohn, möglichst freiwillig die betreffenden Unerwünschten in den russischen Raum abzuschieben, fand offensichtlich die Zustimmung der Versammlung. Es wurde dabei auch noch die Frage der Tschechen und Polen angeschnitten<sup>11</sup>. Es wurde die Meinung vertreten, daß man die Tschechen, soweit sie unerwünscht seien, wahrscheinlich auch in die Mittelschicht einreihen könnte, es sei denn, daß es sich nicht um besonders politisch Verdächtige handle. Bei den Polen wurde vorgetragen, daß hier nur für den Ostraum eine Lösung im Sinne der Abschiebung nach Westsibirien in Betracht käme. Übereinstimmend war man sich am Schluß der Sitzung jedenfalls klar, daß die Ansiedlung von Deutschen nur in der Weise erfolgen könne, daß zunächst die nächstgelegenen Gebiete Warthegau u. dgl. besiedelt werden müßten, und daß bezüglich der Frage des Ostlandes vorher eine genaue Überprüfung der Bevölkerung zu erfolgen habe, die nicht als rassische Bestandsaufnahme firmiert werden dürfte, vielmehr als hygienische Untersuchung u. dgl. getarnt werden müsse, damit keine Unruhe in der Bevölkerung entstehe. Weiter war man sich darüber klar, daß die ganzen Umsiedlungsfragen im Gebiete des Ostlandes Aufgaben seien, die nicht sofort in Angriff genommen werden könnten.

*Dr. Wetzel*<sup>12</sup>

(gez. Dr. Wetzel)

<sup>10</sup> „Periöken“ – offenbar nach Konsultation eines Lexikons – handschriftlich eingefügt.

<sup>11</sup> Während die nationalsozialistische Polenpolitik durch zahlreiche Erörterungen allgemein bekannt ist, erfordern die damaligen Erwägungen hinsichtlich der Tschechen eine kurze Bemerkung, da die Tschechenpolitik infolge der praktisch selbst von Sabotageakten unberührten Ruhe im damaligen Protektorat nicht einmal in Ansätzen verwirklicht worden ist. Im Sommer 1940 waren von verschiedenen Seiten, bei Reichsstellen sowohl wie bei den benachbarten Gauleitern, Bestrebungen im Gange, das Protektorat in fünf Teile zu zerlegen und den angrenzenden Gauen zuzuschlagen. Die bisherige Münchner Grenzziehung – so argumentierten die Interessenten – sei nun sinnlos geworden, nachdem „das Sudetenland seine politische Mission als Angriffsbasis gegen den tschechischen Volksboden“ verloren habe. Der Reichsprotektor v. Neurath und sein Staatssekretär K. H. Frank wandten sich dagegen. In den ersten Oktobertagen entschied Hitler, daß es beim bisherigen Status des Protektorats zu bleiben habe. Der böhmisch-mährische Raum sei durch Germanisierung der Tschechen zu verdeutschen, da – wie es in der Vorlage Franks hieß – die bisherige Blutmischung der beiden Völker sowieso bereits eine weitgehende rassische Niveaugleichheit hervorgebracht habe, woraus das „hohe Kulturniveau im Protektorat, dessen Träger nur deutsche Volkszugehörige sein können“, zu erklären sei. Von der Assimilierung, so heißt es weiter, seien auszunehmen „diejenigen Tschechen, gegen welche rassische Bedenken beständen oder welche reichsfeindlich eingestellt seien. Diese Kategorie sei auszumerzen.“ (Nbg. Dok. NG-5175.) – Von letzter erwähnter „Kategorie“ ist in Wetzels Bericht wohl die Rede, wobei die „Ausmerzung“ offenbar abgemildert werden soll. Vgl. dazu auch die Erörterungen Wetzels in seinem nachfolgend abgedruckten Memorandum sowie die im Hossbach-Dokument (386-PS IMT [dt.] XXV, S. 410) überlieferten Äußerungen Hitlers bereits vom 5. 11. 37 über „eine zwangsweise Emigration von zwei Millionen Menschen aus der Tschechei“.

<sup>12</sup> Handschriftlich.

Dokument Nr. 2 (NG-2325)

Abschrift<sup>13</sup>

Geheime Reichssache!

I/214 geh. Rs.

Berlin, den 27. 4. 1942

**Stellungnahme und Gedanken  
zum Generalplan Ost des Reichsführers SS.**

Bereits im November 1941 wurde mir bekannt, daß das Reichssicherheitshauptamt an einer Generalplanung für den Osten arbeitete. Der zuständige Sachbearbeiter im Reichssicherheitshauptamt, Standartenführer Ehlich<sup>14</sup>, nannte mir damals schon die im Plan erwähnte Ziffer von 31 Mill. auszusiedelnder Fremdvölkischer. Federführend ist in der Angelegenheit von den Dienststellen des Reichsführers SS das Reichssicherheitshauptamt, das offensichtlich heute die stärkste Position unter den einzelnen Dienststellen des Reichsführers SS hat. Dabei wird das Reichssicherheitshauptamt hier nach der jetzt von den Dienststellen des Reichsführers SS vertretenen Theorie offenbar auch als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums tätig<sup>15</sup>.

**Allgemeines zum Generalplan Ost**

In seiner Zielsetzung, nämlich der beabsichtigten Eindeutschung der in Betracht kommenden Ostgebiete ist der Plan zu billigen. Die gewaltigen Schwierigkeiten, die zweifellos bei der Durchführung des Planes auftauchen, die zum Teil sogar Zweifel an seiner Durchführung hervorrufen können, werden jedoch in dem Plan verhältnismäßig leicht genommen. Was das Siedlungsgebiet zunächst angeht, so fällt auf, daß in dem Plan Ingermanland, der Dnjeprbogen, Taurien und die Krim als Siedlungsgebiete herausgenommen sind. Dies beruht offenbar darauf, daß in der Zwischenzeit diese neuen Siedlungsprojekte hinzugekommen zu sein scheinen, über die am Schluß dieser Ausführungen noch gesprochen werden soll.

Auch sonst scheint heute als Siedlungsgrenze nach Osten, was den nördlichen und mittleren Teil der Ostgrenze betrifft, eine wohl mehr nach östlich gelegene Linie, die vom Ladoga-See-Waldaihöhe bis Brjansk verläuft, genannt zu werden. Ob insofern von Seiten der SS der Plan abgeändert ist, vermag ich nicht zu beurteilen. Jedenfalls dürfte sich ergeben, daß der Kreis der Personen, die damit nach dem Plan für eine Aussiedlung in Betracht kommen würden, sich noch erhöhen dürfte.

<sup>13</sup> Handschriftlicher Vermerk am Ende der Seite: „– Handakten Rassenpolitik –“, d. h. also Handakten Dr. Wetzels. Die Nürnberger Herkunftsangabe für dieses Dokument lt. SEA: Rosenberg-files, Doc. No. 42, Folder R-38.

<sup>14</sup> SS-Standartenführer Dr. med. Hans Ehlich, geb. 1. 7. 1901, von 1939–45 Gruppenleiter III B (Volkstum und Volksgesundheit) im Amt III (SD-Inland) des Reichssicherheitshauptamtes. E. lebt heute als Arzt in Braunschweig.

<sup>15</sup> Durch den „Erlaß des Führers und Reichskanzlers zur Festigung deutschen Volkstums“ vom 7. Oktober 1939 war Reichsführer-SS Himmler mit der Rückführung der dafür in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen aus dem Ausland, mit der Ausschaltung volksfremder Bevölkerungsteile und mit der Gestaltung neuer Siedlungsgebiete durch Umsiedlung beauftragt worden. Himmler legte sich den Titel eines „Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums“ (RKF) zu und richtete als Führungsstab eine „Dienststelle RKF“ unter SS-Oberführer Ulrich Greifelt ein, die Mitte Juni 1941 in „RKF – Stabshauptamt“ umbenannt und in den Rang eines SS-Hauptamtes erhoben wurde. Daneben und lediglich unter „Federführung“ des Stabshauptamtes wurden jedoch auch die anderen SS-Hauptämter – in erster Linie die Volksdeutsche Mittelstelle, das Reichssicherheitshauptamt und das Rasse- und Siedlungshauptamt – im Aufgabenbereich des RKF eingesetzt und firmierten dann formal nicht mehr als Dienststellen des RFSS, sondern des RKF (z. B.: Der RKF-RSHA).



Aus dem Plan ergibt sich, daß es sich nicht um ein Sofortprogramm handelt, daß vielmehr die Besiedlung des Raumes mit Deutschen etwa 30 Jahre nach dem Kriege erreicht sein soll<sup>16</sup>. Wie aus dem Plan hervorgeht, sollen 14 Mill. Fremdvölkische in dem Raum verbleiben. Ob diese jedoch innerhalb der vorgesehenen Zeit von 30 Jahren wirklich umgevolkt und eingedeutscht werden, erscheint mehr als zweifelhaft, da auch nach dem vorliegenden Plan die Anzahl der deutschen Siedler nicht gerade beträchtlich ist. Offensichtlich ist nach dem Plan die Tendenz des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (Dienststelle Greifelt), die eindeutschungsfähigen Fremdvölkischen in das Altreich abzuschieben, aufgegeben. Es wird ausdrücklich auf Seite 3 des Planes erwähnt, daß die Fremdvölkischen, die nicht ausgesiedelt werden sollen, im Ostraum als Bevölkerung verbleiben.

Die Kernfrage der ganzen Ostsiedlung ist, ob es uns gelingt, im deutschen Volke den Siedlungstrieb nach dem Osten wieder zu erwecken. Daß er zum großen Teil vorhanden ist, kann nach meinen Erfahrungen nicht bezweifelt werden. Es darf aber auch nicht verkannt werden, daß andererseits wieder große Teile der Bevölkerung, insbesondere aus der westlichen Reichshälfte, eine Ansiedlung im Osten, ja schon im Warthegau oder Danzig-Westpreußen scharf ablehnen, einmal weil sie die Ostgebiete wegen ihrer weiten Ebenen für zu eintönig und niederdrückend oder für zu kalt oder zu primitiv halten. Alle diese Tendenzen, die sich gegen die Siedlungsfreudigkeit im Osten auswirken, müßten meines Erachtens von den zuständigen Stellen, in erster Linie vom Ostministerium dauernd beobachtet und propagandistisch bekämpft werden.

Neben der Frage des Siedlungswillens im Osten ist weiter entscheidend, im deutschen Volke, insbesondere aber in den deutschen Ostsiedlern den Willen zum Kinde in ganz anderem Maße zu erwecken als bisher. Wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben: Die bisherige Steigerung der Geburtenziffer seit dem Jahre 1933 ist an sich erfreulich, kann aber in keiner Weise für den Bestand des deutschen Volkes als ausreichend angesehen werden, insbesondere wenn man die gewaltigen Siedlungsaufgaben im Osten und die ungeheure biologische Vermehrungskraft unserer östlichen Nachbarvölker in Betracht zieht.

Der Generalplan Ost ist der Meinung, daß nach Kriegsende folgende Siedlungszahlen für eine sofortige Siedlung zur Verfügung stehen:

- |   |         |
|---|---------|
| 1) 110 000 heiratsfähige und siedlungswillige Personen (vgl. Ziff. B.S. 1 des Planes). Rechnet man hier die entsprechenden Frauen hinzu, ergibt sich eine Zahl von Siedlern   | 220 000 |
| 2) Aus bäuerlichen Familien aus den jetzigen Umsiedlungslagern stehen nach dem Plan (vgl. D Seite 1 des Planes) Personen zur Verfügung  | 20 000  |
| 3) Aus der Umsiedlung des in Rußland lebenden Deutschtums stehen nach dem Plan 100 000 Familien zur Verfügung. Selbst wenn man zu Gunsten des Planes annimmt, daß die Familien tatsächlich noch vollzählig sind, ja daß es sich um kinderreiche <sup>17</sup> Familien mit durchschnittlich 4 Kindern handelt, würden damit | 600 000 |
| Personen in Betracht kommen. Damit stehen für eine Sofortsiedlung günstig gerechnet Menschen zur Verfügung.   | 840 000 |

<sup>16</sup> Wie sich aus dem von Prof. Konrad Meyer-Hetling bearbeiteten raum- und siedlungspolitischen Teil des Generalplans Ost (Nbg. Dok. NO-2255) ergibt, waren für den „Ostaufbau“ 25 Jahre vorgesehen, Himmler dagegen (s. u.) wollte es in 20 Jahren „schaffen“.

<sup>17</sup> Im Text: kinderlose.



Wenn sich ergeben sollte, daß noch weitaus größere Mengen der Volksdeutschen in der Sowjetunion gerettet werden können, würden unter der Voraussetzung, daß diese nicht im Dnjeprbogen-Taurien angesiedelt bleiben oder zur Ansiedlung kommen, sich diese Zahlen noch erhöhen.

Als spätere Umsiedler kommen dann nach dem Plan in Betracht:

1) Bäuerliche Familien	880000
2) Spätere Nachumsiedler 20 bis 30000 Personen	30000
3) Volksdeutsche aus Übersee 30 bis 40000 bäuerliche Familien hoch gerechnet mit 3 Kindern	200000
	<u>1110000</u>

Damit ergeben sich folgende Zahlen:

Sofortumsiedler	840000
Spätere Nachumsiedler	1110000
Siedler	<u>1950000.</u>

Wie dann aus den weiteren Ausführungen auf S. 2 des Planes geschlossen werden muß, wird mit weiteren Nachumsiedlungen gerechnet und zwar für die ersten

10 Jahre 45 bis 50000 Familien Personen,	200000
für die folgenden 20 Jahre jährlich 20 bis 30000 Familien Personen.	2400000

Demgemäß ergibt sich eine Gesamtumsiedlerzahl von	1950000
	200000
	<u>2400000</u>
	<u>4550000</u>

Diese Zahl erscheint angesichts des Zeitraumes von 30 Jahren meines Erachtens nicht zu hoch gegriffen. Es ist durchaus möglich, daß sie höher lauten könnte. Es ist aber nun zu bedenken, daß sich diese 4550000 Deutsche auf Gebiete, wie den Gau Danzig-Westpreußen, das Wartheland, Oberschlesien, das Generalgouvernement, Süd-Ostpreußen, Bialystok, das Baltikum, Ingermanland, Weißruthenien, zum Teil auch Gebiete der Ukraine verteilen. Es ist weiter zu bedenken, daß die Zahl der im Warthegau und in Danzig-Westpreußen schon vorhandenen Deutschen verhältnismäßig gering ist. 1939 standen in Danzig-Westpreußen 817000 Deutsche 1310000 Polen gegenüber, im Warthegau 309000 Deutsche 7356000 Polen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß seit 1939 in Danzig-Westpreußen als auch im Warthegau eine Nachwanderung von Deutschen stattgefunden hat, so wird die Zahl der heute in Danzig-Westpreußen und im Warthegau vorhandenen Deutschen ebenfalls auf 1,6 bis 1,7 Mill. zu veranschlagen sein. Damit ergibt sich, daß in Danzig-Westpreußen, im Warthegau, im Generalgouvernement, im Baltikum, in Weißruthenien, Ingermanland und in der West-Ukraine in 30 Jahren eine Zahl von etwa 6200000 Deutschen in Betracht kommen dürfte. Wenn man hier eine günstige Bevölkerungsvermehrung in Anschlag stellt und weiter auch noch in gewissem Umfange die Einwanderung von Siedlern aus anderen germanischen Ländern berücksichtigt, kann man mit einer Zahl von 8000000 Deutschen in diesen Räumen in etwa 30 Jahren rechnen. Damit wird die in dem Plan vorgesehene Zahl von 10000000 Deutschen nicht erreicht.

Diesen 8000000 Deutschen stehen nun nach dem Plan 45 Mill. Fremdvölkische gegenüber, von denen 31 Mill. ausgesiedelt werden sollen.

Wenn wir hier die zunächst eingesetzte Zahl von 45 Mill. Fremdvölkischen unter-

suchen, so ergibt sich, daß die fremdvölkische Bevölkerung des hier in Betracht kommenden Raumes an sich stärker ist. In dem Gebiet des ehemaligen Polen ist die Bevölkerung mit etwa 36 Mill. zu veranschlagen, wobei wir jedoch ca. 1 Mill. Volksdeutsche auszuschalten haben, so daß 35 Mill. einzusetzen sind. Die Baltenländer haben eine Bevölkerung von 5,5 Mill. Offensichtlich nimmt der Generalplan Ost auch noch die früheren sowjetischen Provinzen Shitomir, Kamenez-Podolsk und teilweise Winniza als Siedlungsgebiet in Anspruch. Während die Bevölkerung von Shitomir und Kamenez-Podolsk auf etwa 3,6 Mill. zu veranschlagen ist, wird man für Winniza, da ein erheblicher Teil zum rumänischen Interessengebiet gehört, höchstens 2 Mill. rechnen können, so daß sich eine Zahl von etwa 5,5 Mill. bis 5,6 Mill. Bewohnern ergibt. Damit ergibt sich für die hier in Betracht kommenden Gebiete eine Gesamtbevölkerung von 51 Mill. Die Zahl der an sich nach dem Plan zu Evakuierenden dürfte damit tatsächlich größer sein als in dem Plan vorgesehen ist. Nur wenn man davon ausgeht, daß die etwa 5 bis 6 Mill. Juden, die in diesem Raume wohnen, schon vor der Evakuierung beseitigt sind, kommt man zu der in dem Plan erwähnten Ziffer von 45 Mill. Fremdvölkischen. Die Ausführungen des Planes ergeben jedoch, daß die Juden in den genannten 45 Mill. noch enthalten sind. Insofern erscheint also der Plan offensichtlich von falschen Bevölkerungsziffern auszugehen.

Es kommt aber weiter noch hinzu, daß in dem Plan nicht berücksichtigt zu sein scheint, daß auch die Fremdvölkischen sich in dem Zeitraum von 30 Jahren in ganz erheblichem Umfange weiter vermehren werden. Einmal ist zu berücksichtigen, daß es sich bei den Ukrainern, Polen und Weißruthenen um ein(ig)e der geburtenstärksten Völker Europas handelt. So betrug die Geburtenziffer auf 1000 der Bevölkerung

	Ukraine	und Weißruthenien
1926	42,1‰	40,7‰
1928	37,8‰	36,4‰

Im Altreich hatten wir in den bisher günstigsten Jahren 1939 bis 1940 Ziffern von 20,3 bzw. 20,0‰ auf tausend der Bevölkerung. Hinzu kommt weiter, daß dank der durch das Reich in den betreffenden Gebieten hergestellten Ordnung, durch das Aufblühen des Wirtschaftslebens und die Einführung des deutschen Gesundheitswesens<sup>18</sup> mit einer noch stärkeren Bevölkerungsvermehrung zu rechnen sein wird. Es sei nur auf die Parallele Litzmannstadt hingewiesen. Es steht heute fest, daß die Geburtenziffer der Polen in Litzmannstadt erheblich größer ist als in den Jahren 1938 bis 1939. Unter diesen Umständen muß davon ausgegangen werden, daß die Zahl der Fremdvölkischen in diesen Gebieten weitaus höher als 51 Mill. einzusetzen sein wird. Die Zahl wird zwischen 60 bis 65 Mill. liegen.

Nach alledem ergibt sich, daß die Zahl der Menschen, die entweder für einen Verbleib in den betreffenden Gebieten oder eine Evakuierung in Betracht kommen, erheblich größer ist, als wie der Plan es vorsieht. Umso größer sind demgemäß aber auch die Schwierigkeiten für die Durchführung des Planes.

<sup>18</sup> In dieser Hinsicht waren Wetzels Befürchtungen grundlos, denn, von einigen in diesen wie in anderen Punkten heterodoxen Angehörigen des Ostministeriums abgesehen (vgl. dazu die Miscelle von Constantin Graf Stamati in dieser Zeitschrift 6 [1958], S. 78 ff.), war an maßgebender Stelle keineswegs die Einführung des deutschen Gesundheitswesens im Osten beabsichtigt. Hitler selbst äußerte sich am 22. Juli 1942 in einem seiner Tischmonologe in diesem Sinne: Wenn man für die nichtdeutsche Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten – so meinte er – eine Gesundheitsfürsorge nach deutschem Muster einrichten würde, wäre das heller Wahnsinn. Ihren so gut wie wörtlichen Niederschlag fanden die heiläufigen Gedanken Hitlers von jenem 22. Juli – nun zu Grundsätzen verfestigt – in einem Schreiben Bormanns an Rosenberg vom folgenden Tage (Nbg. Dok. NO-1878; vgl. auch 1648-PS).

Geht man davon aus, daß 14 Mill. Fremdvölkische in den betreffenden Räumen bleiben, wie es der Plan vorsieht, so müßten demgemäß 46 bis 51 Mill. Menschen ausgesiedelt werden. Die Zahl von 31 Mill. auszusiedelnder Menschen, die der Plan angibt, dürfte nicht zutreffen.

Weitere Bedenken gegen den Plan sind noch folgende:

Der Plan sieht die Aussiedlung der rassisch unerwünschten Fremdvölkischen nach Westsibirien vor. Dabei werden einmal Prozentzahlen der einzelnen Völker (vgl. S. 4 des Planes) genannt und damit über das Schicksal dieser Völker entschieden, ohne daß genaue Unterlagen über die rassische Zusammensetzung dieser Völker bisher vorliegen. Weiter werden alle Völker nach dem gleichen Schema behandelt ohne Rücksicht darauf, ob und in welchem Maße eine Eindeutschung der betreffenden Völker beabsichtigt ist, ob es sich um deutschfreundlich oder mehr oder minder deutschfeindlich eingestellte Völker handelt.

Allgemeines zur Frage der Eindeutschung, insbesondere im Hinblick auf die zukünftige Behandlung der Angehörigen der ehemaligen baltischen Staaten.

Grundsätzlich ist hier zunächst folgendes zu sagen:

Daß nur rassisch für uns wertvolle Fremdvölker für den Versuch einer Eindeutschung in Betracht kommen, ist selbstverständlich. Rassisch wertvoll für unser Volk sind im wesentlichen nur diejenigen Fremdvölkischen, die selbst und in ihrer Sippe sowohl in ihrem äußeren Erscheinungsbild als auch in ihrer Haltung und Leistung überwiegend die Merkmale der nordisch-fälischen Rasse aufzuweisen haben. Um diese wertvollen, stammesgleichen Sippen herauszufinden, ist eine eingehende Untersuchung der im Ostraum vorhandenen Völker dringend erforderlich. Bevor eine derartige Untersuchung nicht stattgefunden hat, läßt sich praktisch mit irgendwelchen Prozentsätzen der Eindeutschungsfähigen oder der rassisch Unerwünschten gar nicht arbeiten. Aus diesem Grunde scheinen mir die in dem Plan genannten Zahlen der eindeutschungsfähigen und der auszusiedelnden, rassisch unerwünschten Fremdvölkischen reichlich theoretisch zu sein.

Eine weitere Frage ist die, nach welchen Maßstäben die Entscheidung gefällt werden soll, ob eine Sippe als überwiegend nordisch-fälisch und damit als rassisch wertvoll und eindeutschungsfähig anerkannt werden kann. Bekanntlich sind auch in unserem deutschen Volke, obwohl es rassisch ein bedeutend günstigeres Bild als die Ostvölker bietet, Sippen, ja überhaupt Menschen, die in ihrem äußeren Erscheinungsbild die Züge der nordischen oder der fälischen Rasse rein aufweisen, nicht häufig. Wir finden hier vielmehr immer wieder Einschläge der anderen im deutschen Raum seit Jahrtausenden vorhandenen Rassen vor, wenn auch der Blutsanteil der nordisch-fälischen Rasse als überwiegend angesehen werden muß. Würde man die sehr scharfen Maßstäbe benutzen, die das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS seinerzeit bei der Evakuierung von Polen im Gau Danzig-Westpreußen bzw. im Warthegau anlegte, würde auch ein sehr großer Teil der deutschen Bevölkerung dieser Überprüfung, die allein auf Grund des äußeren Erscheinungsbildes der Sippe vorgenommen wird, nicht standhalten. Es dürfte ein gewisser Mangel der Prüfungsmethoden des Rassen- und Siedlungshauptamtes sein, daß hier eigentlich die Entscheidungen im wesentlichen nur auf Grund des äußeren Erscheinungsbildes der Sippenangehörigen gefällt werden und daß auch hierbei die Anforderungen, die gestellt werden, zu hoch sind. Es fragt sich sehr, ob man die sehr scharfen SS-Maßstäbe, die ja doch ursprünglich nur für eine Auslese des deutschen Volkes geschaffen waren, ganz allgemein auf die gesamte Bevölkerung eines Raumes anwenden darf. Meines Erachtens wird man dies nicht tun können. Es wird vielmehr darauf abzustellen sein, wie weit das äußere

Erscheinungsbild der Sippe überwiegend als nordisch-fälisch bedingt anzusehen ist, wie weit die Sippe sich in das Gesamtbild des deutschen Volkes einfügt und ob sie leistungsfähig erscheint. Gerade auch in letzterer Hinsicht dürften genaue Überprüfungen insbesondere dann erforderlich sein, wenn das äußere Erscheinungsbild der Sippe zweifelhaft ist. Dabei wird man in der Anwendung dieser Prüfungsstäbe großzügiger bei den Völkern sein müssen, die auf Grund ihrer rassischen Substanz und ihrer kulturellen Leistung eher für eine Eindeutschung in Betracht kommen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in den Küstengebieten der baltischen Länder der nordisch-fälische Blutseinschlag ein ziemlich bedeutender ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß z. B. eine genaue rassische Überprüfung der estnischen Bevölkerung bei Anwendung der eben erwähnten Maßstäbe zu einem Ergebnis führen könnte, daß der bei weitem überwiegende Teil der Bevölkerung als eindeutschungsfähig anzusehen ist. In einem solchen Falle könnte man die Frage aufwerfen, ob es dann politisch verantwortet werden kann, die geringe Zahl der rassisch nicht Erwünschten abzuschieben, ob vielleicht nicht die Eindeutschung dieser an sich Abzulehnenden lieber in Kauf genommen werden soll, zumal bei einer geringen Ziffer die rassischen Gefahren nicht so erheblich sind. Es muß immer von der Tatsache ausgegangen werden, daß zwischen den Sippen der rassisch erwünschten Fremdvölker und denen der unerwünschten Beziehungen und Verbindungen bestehen. Hierzu kommt weiter, daß der günstig beurteilte Teil der fremdvölkischen Bevölkerung die Unerwünschten stets als Brüder und die Maßnahmen gegen dieselben als gegen sich selbst gerichtet ansehen wird. Bei einer zwangsweisen Aussiedlung der rassisch unerwünschten Bevölkerungsschichten der Baltenländer würde dies wahrscheinlich nur das Ergebnis haben, daß auch bei der für eine Eindeutschung in Betracht kommenden Restbevölkerung eine solche angesichts der Behandlung der anderen Volksteile kaum möglich sein wird. Dies Ergebnis wird in den Baltenländern um so sicherer sein, je mehr Pläne auf Abschiebung der Unerwünschten aus diesen Ländern nach Sibirien praktische Gestaltung annehmen würden. Denn darüber würden sich die uns genehmen Fremdvölkischen ziemlich klar sein, daß eine solche zwangsweise Evakuierung den Untergang ihrer Brüder und Schwestern zur Folge haben dürfte. Zumindestens wäre jedenfalls eine solche Auffassung in den verbleibenden Teilen der fremdvölkischen Bevölkerung wahrscheinlich. Man kann meines Erachtens die rassisch erwünschten Fremdvölkischen in den Baltenländern nur für sich gewinnen, wenn man den Gedanken einer zwangsweisen Evakuierung der Unerwünschten dahin abwandelt, daß die Unerwünschten mehr oder minder freiwillig abgeschoben werden. Dies dürfte sich auch praktisch durchführen lassen. Wir werden in den weiten Räumen des Ostens, die nicht als Siedlungsräume für Deutsche vorgesehen sind, genügend Menschen gebrauchen, die wenigstens noch einigermaßen in europäischen Anschauungen aufgewachsen sind und die wenigstens die Grundbegriffe europäischer Kultur kennen. Diese Voraussetzungen dürften bei Esten, Letten und Litauern im wesentlichen gegeben sein. Man wird meines Erachtens mit den Angehörigen dieser Völker in vielen Fällen besser als mit Russen arbeiten können, die ja bei den hier in Betracht kommenden Stellungen schon mehr oder minder zur bolschewistischen Intelligenz gehören und deswegen politisch kaum zuverlässig sein dürften. Ich kann mir vorstellen, daß ein rassisch unerwünschter Lette, der bisher Postsekretär in Riga war, unter einer geordneten deutschen Herrschaft leicht die Möglichkeit ergreift, Vorsteher eines Postamtes in Ostrußland oder Westsibirien zu werden. Wenn dann derartige Leute durch entsprechende Angebote durch Erwerb von Grundbesitz und dergleichen wurzelgebunden gemacht werden, kann auch die Gefahr, daß sie später in ihre Heimat zurückdrängen, ausgeschaltet werden, dies umso mehr, wenn in die betreffende Stadt auch noch weitere ihrer Volksgenossen gelangen. Auch die Industrie und die Landwirtschaft in den Ostgebieten, die nicht als deutscher Siedlungsraum in Betracht kommen, werden gern auf zuver-



lässige Angehörige der Baltenvölker zurückgreifen, die um so eher in den Osten gehen werden, je mehr Aufstiegs- und Fortkommensmöglichkeiten sie dort haben, eine Erfahrung, die bereits in der zaristischen Zeit gemacht wurde. Wir müssen stets davon ausgehen, daß wir bei der Verwaltung aller der riesigen Gebiete, die zur deutschen Interessensphäre gehören, deutsches Blut in größtem Maße sparen müssen. Wir können nicht überallhin deutsche Beamte, Lehrer, Soldaten und Polizei schicken. Abgesehen davon, daß wir schon kräftemäßig hierzu nicht in der Lage sind, würde auch die Folge nur sein, daß das Altreich, das Kernstück des deutschen Imperiums, allmählich ein kraftloses<sup>19</sup> Gebilde wird, damit aber letzten Endes das Reich selbst von innen ausgehöhlt wird. Jede deutsche Ostpolitik muß darauf Rücksicht nehmen, daß in erster Linie die Interessen des Altreiches gewahrt werden. Deshalb sollte man z. B. auch nicht den Gedanken weiter verfolgen, die Industrie möglichst im Reich, die Landwirtschaft aber in den fremdvölkischen Gebieten zu konzentrieren. Die Durchführung dieses Gedankens würde, auf Generationen gesehen, den biologischen Tod Deutschlands und ein umso stärkeres Wachsen der Fremdvölkischen bedeuten. Wir bekämpfen die aus dem Osten drohenden biologischen Gefahren, die zu einer Ausdehnung dieser Völker infolge des großen Bevölkerungsüberschusses zwangsläufig führen müssen, am zweckmäßigsten durch die Industrialisierung dieser Ostgebiete<sup>20</sup>. Auch in der Sowjetunion hatte die Industrialisierung zwangsläufig einen Rückgang der Geburtenziffer zur Folge. Den Ostvölkern, insbesondere den Russen und Ukrainern, die Möglichkeit eines rein bäuerlichen Lebens zu geben, würde praktisch einem Selbstmord des deutschen Volkes gleichkommen, wenn ihm selbst diese Möglichkeit durch eine noch weitergehende eigene Industrialisierung letzten Endes verschlossen bleibt. Weiteres Herabsinken der deutschen Geburtenziffern im Altreich, noch stärkeres Einströmen fremdvölkischer Arbeitskräfte und noch stärkerer Einsatz deutscher Kräfte im Osten, um die Botmäßigkeit der überfüllten fremdvölkischen Gebiete zu erhalten, würde die Konzentrierung der Industrie im Reich zunächst bedeuten. Auf weitere Sicht würden wahrscheinlich dann Fremdvölkische den deutschen Boden bewohnen, die vielleicht noch die deutsche Sprache sprechen, abstammungsgemäß aber mit dem deutschen Volk nichts mehr zu tun haben, wenn nicht überhaupt der deutsche Raum von den biologisch stärkeren Ostvölkern bis dahin mit Gewalt erobert und deutsches Blut im Osten wieder einmal Kulturdünger für andere Völker geworden ist. Im Interesse einer deutschen Ostpolitik liegt es daher nur, andere Völker für sich verbrauchen zu lassen. Wenn wir diejenigen Fremdvölkischen, die wir aus rassistischen Gründen nicht im Siedlungsraum des deutschen Volkes belassen können, unter der Voraussetzung, daß besondere politische Bedenken gegen die Betroffenen nicht bestehen, überall da einsetzen können, um deutsche Menschen zu sparen, so wäre das rassenpolitisch, wahrscheinlich aber auch allgemeinpolitisch ein großer Erfolg. Die für die russische Bevölkerung unbequemen Anordnungen führt dann z. B. nicht der Deutsche, sondern der von der deutschen Verwaltung eingesetzte Lette oder Litauer durch, was zweifellos bei geschickter Durchführung dieses Prinzips sich nur für uns auswirken

<sup>19</sup> Im Text: kraftvolles.

<sup>20</sup> Hier vertrat allerdings Hitler eine andere Auffassung, indem er sich grundsätzlich gegen die Errichtung und selbst den Fortbestand von Verarbeitungsbetrieben in den besetzten Ostgebieten ausgesprochen hatte. Der gesamte Industrieveredlungsprozeß sollte sich nach seinem Willen im Reich vollziehen, während die Ostgebiete auch in Zukunft nach der siegreichen Beendigung des Krieges lediglich Rohstoff- und Arbeitskräfte-Reservoir sein sollten (Nbg. Dok. 1539-PS und NG-3513). Erst die Kriegslage und die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft, nicht aber grundsätzliche Erwägungen der Art Wetzels, veranlaßten Hitler dann im ersten Halbjahr 1942 zu einem Abbau seiner industriefeindlichen, rein kolonialen Ostpolitik (vgl. Dallin a. a. O., S. 305 ff. und 376 ff.).



muß. Eine Umvolkung dieser Fremdvölkischen in das Russentum wird kaum zu befürchten sein, insbesondere dann, wenn die Zahl der Fremdvölkischen nicht allzu gering ist und sie sich in Stellungen befinden, die sie von den Russen herausheben. Man muß den Angehörigen dieser Schichten auch das Gefühl und den Gedanken beibringen, daß sie den Russen gegenüber etwas Besonderes darstellen. Vielleicht wird die Gefahr einer später von diesen Schichten gewünschten Umvolkung in das Deutschtum größer sein als die Gefahr der Umvolkung in das Russentum. Abgesehen von der hier vorgeschlagenen mehr oder minder freiwilligen Auswanderung der rassisch unerwünschten Sippen aus den ehemaligen Baltenstaaten in den Osten, sollte man weiter auch hier die Möglichkeit einer Auswanderung in andere Länder zulassen. Bezüglich der Litauer, deren rassisches Gesamtbild wesentlich schlechter als das der Esten und Letten ist und die daher einen erheblich größeren Anteil rassisch Unerwünschter darstellen, wäre auch die Zuverfügungstellung eines besonders geeigneten Siedlungsraumes im Osten zu erwägen.

Auf eine Frage ist noch näher einzugehen: Die Behandlung der rassisch erwünschten, für eine Eindeutschung in Betracht kommenden Fremdvölkischen. Während hier von dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Auffassung vertreten worden ist – bei der Behandlung der eindeutschungsfähigen Polen ist dies auch in die Tat umgesetzt worden –, daß diese Fremdvölkischen im Altreich zur Eindeutschung gelangen sollten, sieht der Plan des Reichsführers SS offensichtlich ein Verbleiben dieser Fremdvölkischen in ihrer Heimat vor. Der letztere Weg ist für die Baltenländer offensichtlich auch bei weitem vorzuziehen, wahrscheinlich bei der über Grundbesitz verfügenden Bevölkerung auch nur allein gangbar. Man kann Sippen aus ihrer Heimat fortführen und sie trotzdem eindeutschungsbereit, ja erst recht eindeutschungsbereit machen, wenn man ihnen ein günstigeres Fortkommen als bisher sichert. Bauern, denen man die Höfe nimmt, ohne ihnen im Altreich einen entsprechenden Hof zu geben, werden nur fanatische Feinde des Deutschtums werden können, wenn sie es vielleicht auch äußerlich nicht zeigen werden. Bauernhöfe können aber fremdvölkischen Umsiedlern im Altreich nicht zur Verfügung gestellt werden. Deshalb ergibt sich hier ganz zwangsläufig die Folge, daß eine Umsiedlung der erwünschten ländlichen Bevölkerung jedenfalls aus den baltischen Ländern in das Altreich kaum möglich ist. Aber auch von einer zwangsweisen Umsiedlung der übrigen erwünschten Bevölkerung aus dem Baltikum ist ein Erfolg nicht zu erwarten. Auch hier kann man nur freiwillig Menschen in das Altreich abströmen lassen. Man wird diesen Weg zweifellos bei den rassisch erwünschten Intelligenzschichten der Bevölkerung der Baltenländer einschlagen müssen. Die Intelligenz in Estland, Lettland und auch in Litauen ist zweifellos der Träger der eigenen völkischen Ideen. Sie wird naturgemäß, soweit sie nicht von sich aus bereit ist, auf eigene völkische Ideale zu verzichten, ein scharfer Gegner von Eindeutschungsbestrebungen sein. Wir können heute schon ermessen, welchen Mangel an Intelligenz wir nach diesem Kriege angesichts der gewaltigen Aufgaben, die unserem Volke erwachsen und die gerade die wertvollen Schichten unseres Volkes auch weiterhin in erheblichem Maße anspannen werden, haben werden. Die Kommunalverwaltung, die Schulverwaltung, die Justizverwaltung und dergleichen, sie werden einen großen Kräftebedarf haben, der kaum mit deutschen Kräften gestillt werden kann. Warum soll aber nicht Abhilfe dadurch geschaffen werden können, daß z. B. ein estnischer Richter mit seiner Familie in das Reich an eine gleiche Stelle versetzt werden kann? Warum soll nicht ein rassisch erwünschter lettischer höherer Eisenbahnverwaltungsbeamter von der Reichsbahn in eine Stelle nach Hamburg oder Bremen versetzt werden können? Oder denken wir an die zahlreichen in den Baltenländern vorhandenen Rechtsanwälte, die schon früher dort zum Teil mehr oder minder brotlos waren, an Hochschullehrer und dergleichen. Sollte es nicht gelingen, ihnen im Altreich geeignete Stellen zu beschaffen?

Es könnte sehr leicht möglich sein, daß solche Menschen, wenn sie geeignete Positionen im Altreich erhalten, später zu Vorkämpfern des deutschen Gedankens werden und dann evtl. später wieder in den Baltikländern als deutsche Propagandisten tätig sein können. Selbst wenn in der überwiegenden Anzahl der Fälle dieses Ziel nicht erreicht wird, so kann man doch bei einer derartigen Behandlung einmal die Intelligenz für den Bereich der Baltikländer unschädlich machen und zugleich damit dem weiteren Ziel, der Eindeutschung dieser Intelligenz, näherkommen. Selbstverständlich wird es der Eindeutschung auch im Bereich der Baltikländer förderlich sein, wenn die deutsche Sprache dort immer mehr und mehr gefördert wird. Die Bewohner dieser Länder müssen schließlich die Überzeugung haben, daß man nur etwas werden und daß man eine geachtete Stellung nur dann bekleiden kann, wenn man Deutscher wird. In dieser Beziehung werden wir hier noch viel von der Madjarisierungspolitik der Ungarn lernen müssen. Die Intelligenz stellt in den baltischen Ländern letzten Endes nur einen Bruchteil der Bevölkerung dar. Ihre mehr oder minder teilweise Entfernung wird sich auch wirtschaftlich in nicht so erheblichem Maße auswirken, als wenn große Teile der Bevölkerung zwangsweise ausgesiedelt werden. In letzterem Falle würde der baltische Raum fast menschenleer, denn ein namhaftes Nachrücken deutscher Siedler kann, da erst der polnische Raum besiedelt werden muß, nicht erwartet werden. Damit erscheint aber auch aus wirtschaftlichen Gründen die Übersiedlung großer Teile der Eindeutschungsfähigen in das Altreich für die baltischen Länder nicht durchführbar. Es spricht in diesem Raum alles dafür, die Eindeutschung an dem überwiegenden Teil der hierfür in Betracht kommenden Bevölkerung an Ort und Stelle im Laufe dieser oder der kommenden Generationen vorzunehmen. Wenn wir nun zu den auf Seite 4 des Planes genannten Prozentsätzen der auszusiedelnden Fremdvölker zurückkehren, so ergibt sich nach den obigen Ausführungen, daß eine zwangsweise Aussiedlung der Esten, Letten und Litauer nach Westsibirien oder anderen Ländern abzulehnen ist. Eine Aussiedlung der weiter in dem Plan genannten Juden erübrigt sich mit der Lösung der Judenfrage<sup>21</sup>. Eine etwaige Überführung der nach Beendigung dieses Krieges noch verbleibenden Juden in Zwangsarbeitslager im nordrussischen oder sibirischen Raum ist keine „Aussiedlung“. Es bleiben daher im folgenden von den für eine Aussiedlung in Betracht kommenden Fremdvölkern nur noch die Polen, Westukrainer (ob der Plan unter „Galizien“ Polen oder Ukrainer versteht, ist nicht ganz klar) und Weißruthenen zu besprechen.

#### Zur Lösung der Polenfrage.

##### a) Die Polen.

Ihre Zahl wird man auf die 20 bis 24 Millionen veranschlagen müssen. Sie sind das deutschfeindlichste, ziffernmäßig stärkste und darum gefährlichste aller in dem

<sup>21</sup> Dr. Wetzel war über die damals gerade begonnene Aktion zur Vernichtung des Judentums im deutschen Machtbereich genau informiert. Als Vertreter des Ostministeriums hatte er z. B. am 6. März 1942 an einer Besprechung im Reichssicherheitshauptamt über die „Endlösung der Judenfrage“ teilgenommen (Nbg. Dok. NG-2586). Wetzel gehörte sogar zu den ersten, die in diesen makabren Plan eingeweiht worden waren. Bereits im Oktober 1941 wußte er von den gerade anlaufenden Deportationen der reichsdeutschen Juden. Er befaßte sich damals in Zusammenarbeit mit Oberdienstleiter Viktor Brack von Bouhlers Kanzlei des Führers der NSDAP mit der Herstellung und Installation der „für die Lösung der Judenfrage erforderlichen Unterkünfte sowie Vergasungsapparate“ im Osten. „Nach Sachlage“, schrieb Wetzel am 25. Oktober 1941 an den Reichskommissar für das Ostland, „bestehen keine Bedenken, wenn (auch) diejenigen Juden (aus dem Reich), die nicht arbeitsfähig sind, mit den Brackschen Hilfsmitteln beseitigt werden“ (Nbg. Dok. NO-365, NO-996/97).

Plan für eine Umsiedlung in Betracht gezogener Fremdvölker. Sie sind das Volk, das am meisten zu Verschwörungen neigt. Die Rolle, die die Polen heute zwangsläufig spielen müssen, spielen sie vielleicht lieber, als wie wir von unserem Standpunkt aus meinen. Heute können sie nach Herzenslust konspirieren und im Ausland den verfolgten unglücklichen edlen Polen spielen, Regierungen errichten, die keinen Schiffbruch erleiden können, weil sie nichts zu verwalten und damit keine Verantwortung haben, und die sich außerdem in ihren verschiedenen Gruppen auf das heftigste bekämpfen.

Rassisch gesehen kommen in den Polen im wesentlichen fast die gleichen Rassen-elemente wie im deutschen Volke vor, nur daß das Verhältnis der einzelnen Rassen ein anderes als im deutschen Volke ist. Es ist sicher der nordisch-fälische Rasseneinschlag insbesondere in den nordwestlichen Gebieten des ehemaligen Polens ziemlich stark vorhanden und dort kaum schwächer als bei der umwohnenden deutschen Bevölkerung. Das beruht auf dem starken deutschen Blutseinschlag, den die polnische Bevölkerung dieser Gegenden durch die Verpolung<sup>22</sup> der Deutschen erhalten hat. In Litzmannstadt hat sich das dahin ausgewirkt, daß die polnische Bevölkerung, weil gerade das nordische Element im deutschen Volke am ehesten zur Umvolkung geeignet zu sein scheint, zum Teil rassisch besser war als die Volksdeutschen. Das Führerkorps des polnischen Aufständischenverbandes bestand nach Untersuchungen des Unterzeichneten zum großen Teil aus verpolten Deutschen, die mehr oder minder nordischen Blutseinschlag aufzuweisen hatten. Andererseits ist das ostbaltische Rassen-element im polnischen Volke in einem ganz anderen Umfange als im deutschen Volke vertreten. Es kommen ferner auch neben dinarischen, westischen und ostischen Einschlägen ziemlich primitive ostische Typen vor, bei denen man sehr große Zweifel haben kann, ob sie noch mit dem Homo alpinus der ostischen Rasse im Sinne Günthers<sup>23</sup> gleichgesetzt werden können. Wenn diese Sippen von dem polnischen Anthropologen Ozechanowski „Lapponoide“ genannt werden, so geschieht dies meines Erachtens nicht mit Unrecht. Außerdem zeichnen sich aber in Polen bereits ganz klar vereinzelt Einschläge mongolischen Blutes durch Schlitzaugen, Mongolenfalte, Backenknochen und dergleichen ab. Ob diese artfremden Einschläge auf Vermischungen mit artfremden Mitgliedern der zaristischen Wehrmacht oder auf alte Blutkreuzungen zurückzuführen sind, ist bisher noch nicht untersucht.

Der Plan sieht nun die Aussiedlung von 80 bis 85% Polen (vor), d. h. es kommen, je ob man von 20 oder 24 Millionen Polen ausgeht, 16 bis 20,4 Millionen Polen zur Aussiedlung, während 3 bis 4,8 Millionen Polen im deutschen Siedlungsraum verbleiben sollen. Diese vom Reichssicherheitshauptamt genannten Zahlen stehen im Gegensatz zu den Ziffern, die vom Reichskommissar<sup>24</sup> zur Festigung deutschen Volkstums als Prozentsatz der eindeutschungsfähigen, rassisch erwünschten Polen angegeben werden. Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums beziffert auf Grund seiner bisherigen Feststellungen bei der ländlichen Bevölkerung der Gaue Danzig-Westpreußen bzw. Wartheland (die Eindeutschungsfähigen) auf 3%.\*

<sup>22</sup> Im Rotwelsch der SS-Volkstumsexperten geläufiger Ausdruck für Polonisierung. Man sprach z. B. in kaum noch zu überbietender Eleganz von „aktiv verpolten Deutschstämmigen“.

<sup>23</sup> Prof. Dr. phil. Hans F. K. Günther, geb. 16. 2. 1891, von 1930—45 Ordinarius für Rassenkunde (Jena, 1934 Berlin, 1939 Freiburg), Verfasser zahlreicher rassenkundlicher Werke und — zum Teil wohl wider seinen Willen — angesehenster Theoretiker der nationalsozialistischen Rassenlehre. — Nach der bei G. verwendeten Terminologie wird die „ostische“ auch als „alpine“ Rasse bezeichnet.

<sup>24</sup> Im Text: Reichsminister.

\* Die neusten Feststellungen der SS haben jetzt für den Kreis Wollstein etwa 20% eindeutschungsfähige Polen ergeben (Anm. im Text).

Würde man diese Zahl zugrunde legen, würden für die Aussiedlung sogar über 19 bis 23 Millionen Polen in Betracht kommen. Meines Erachtens sind die vom Reichsfestigungskommissar gestellten rassischen Voraussetzungen zu scharf. Wenn ein Kreisleiter im Altreich erklärt, die rassisch Besten seiner Bevölkerung seien die zur Eindeutschung bei ihm angesetzten Polen, so ist das bezeichnend<sup>26</sup>. Die vom Reichssicherheitshauptamt genannten Zahlen lassen sich aus rassischen Gründen durchaus halten. Ob auch politisch, ist eine Frage, die mit der Lösung des Problems des Verbleibens der übrigen Polen eng zusammenhängt. Werden die rassisch unerwünschten Polen in Gegenden ausgesiedelt, die nicht weit von den Einzudeutschenden entfernt liegen, können tatsächlich Bedenken gegen eine zu große Zahl von einzudeutschenden Polen bestehen. Soweit es sich bei den einzudeutschenden Polen nicht um Bauern handelt, können hier sicherlich Abschiebungen in anderem Umfang als bei den Baltenvölkern vorgenommen werden. Bauern können, wenn genügend Deutsche oder andere germanische Nachbarn vorhanden sind, auf ihren Höfen verbleiben. Der Gedanke, den Hof evt. zu verlieren, wird sie eindeutschungsbereit machen. Zum mindesten kann die nächste Generation, vorausgesetzt, daß die Umgebung zum größten Teil deutsch ist, eingedeutscht werden. Jedenfalls müssen die Polen, die als eindeutschungsfähig in den ehemals polnischen Gebieten oder im Altreich verbleiben, zwangsweise eingedeutscht werden. Ihre Zahl wird im übrigen auch schon deshalb höher, als der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums annimmt, sein müssen, weil wir auf Jahre Arbeitskräfte im Altreich und in den Siedlungsgebieten brauchen werden.

Im Ostministerium interessiert nun aber ganz besonders die Frage, wo die rassisch unerwünschten Polen verbleiben sollen. Mehr oder minder 20 Millionen Polen in Westsibirien zwangsweise geschlossen anzusetzen, bedeutet zweifellos eine ständige, kompakte Gefahr des sibirischen Raumes, ein Herd ständigen Aufruhrs gegen die deutsche Ordnungsmacht. Als ein Gegengewicht gegen das Russentum wäre eine solche Ansiedlung vielleicht noch zu begrüßen, aber nur dann, wenn das Russentum bereits wieder zu einer selbständigen Macht erstarkt und die deutsche Führung in diesem Raum damit illusorisch gemacht sein würde. Hierzu kommt weiter, daß wir bestrebt sein müssen, das Sibiriakentum weitgehendst zu stärken, schon um dadurch einer Erstarkung der Russen vorzubeugen. Der Sibiriak muß das Gefühl haben, ein Volk mit eigener Kultur zu sein. Die geschlossene Ansiedlung eines derartigen Millionenblockes von Polen würde wahrscheinlich nur zu zwei Möglichkeiten führen: Entweder werden die ziffernmäßig etwas schwächeren Sibiriaken im Laufe der Zeit polonisiert und es entsteht ein „Großpolen“. Oder aber wir machen uns die Sibiriaken in jedem Falle zu erbitterten Feinden, treiben sie den Russen in die Arme und verhindern die Bildung eines Sibiriakentums damit auch. Das sind allein die auftauchenden politischen Bedenken, die vielleicht hier zu scharf hinausgestellt sein mögen, die aber zu erörtern sich auf jeden Fall verlohnen dürfte.

Daß die große und weiträumige westsibirische Steppe mit ihren Schwarzerdgebieten noch weit über 20 Millionen Menschen auch in mehr oder minder geschlossenen Gebieten aufnehmen kann, möchte ich annehmen, vorausgesetzt, daß eine planmäßige Umsiedlung betrieben wird. Wo gewisse Schwierigkeiten auftauchen könnten, wäre die technische Durchführung einer derartigen Massenumsiedlung. Wenn man für

<sup>26</sup> Etwas Ähnliches hatte Wetzell 1941 bei einer der ersten rassischen Überprüfungen sowjetischer Kriegsgefangener persönlich erlebt. Damals ließen die visitierenden Rasseexperten und Ministerialbeamten aus einer Meinungsverschiedenheit oder einer Augenblickslaulaue heraus die entsprechenden Messungen abschließend auch an sich selbst vornehmen, wobei es sich herausstellte, daß die namhaften Vertreter der nordischen Herrenvolk-Theorie nicht unerheblich „schlechter“ rangierten als die ostischen Untermenschen.



die Umsiedlung eine Zeitdauer von 30 Jahren, wie auch im Plan geschehen, vorsieht, wird sich die Zahl der Umsiedler auf etwa 700 000 bis 800 000 belaufen, d. h. es würden für die Transportierung dieser Massen jährlich 700 bis 800 Eisenbahnen, für Transporte von Materialien, evt. Vieh, noch mehrere weitere hundert Züge in Betracht kommen. Das würde an sich bedeuten, daß etwa 100 bis 120 Eisenbahnzüge nur für die Polentransporte jährlich zur Verfügung stehen müßten. Technisch dürfte dies in einigermaßen ruhigen Zeiten aber durchführbar sein.

Daß man die Polenfrage nicht in dem Sinne lösen kann, daß man die Polen, wie die Juden, liquidiert, dürfte auf der Hand liegen. Eine derartige Lösung der Polenfrage würde das deutsche Volk bis in die ferne Zukunft belasten und uns überall die Sympathien nehmen, zumal auch die anderen Nachbarvölker damit rechnen müßten, bei gegebener Zeit ähnlich behandelt zu werden. Es muß meines Erachtens eine Lösung der Polenfrage in dem Sinne gefunden werden, daß die oben angedeuteten politischen Gefahren auf das geringstmögliche Maß zurückgeführt werden. Bereits im März 1941 hat der Unterzeichnete in einer Denkschrift den Standpunkt vertreten, die Polenfrage zum Teil auch durch mehr oder minder freiwillige Auswanderung nach Übersee zu lösen. Wie dem Unterzeichneten ferner bekannt geworden ist, steht das Auswärtige Amt dem Gedanken einer eventuellen teilweisen Lösung der Polenfrage in Südamerika, insbesondere in Brasilien, nicht uninteressiert gegenüber. Man müßte meines Erachtens erreichen, daß später nach Friedensschluß die mehr oder minder intellektuellen, aber auch zum Teil <die> anderen Schichten des polnischen Volkes, die für eine Eindeutschung aus rassistischen und auch politischen Gründen nicht in Betracht kommen, nach Südamerika, evt. auch Nord- oder Mittelamerika auswandern. Brasilien mit seiner Kapazität von 1 Milliarde 200 Millionen Menschen braucht dringend Menschen. Landwirtschaftlicher Siedlungsraum ist jedenfalls dort genügend vorhanden, landwirtschaftliche Siedler werden auch nicht unerwünscht sein, es sei denn, daß sie in solchem Maße erscheinen, daß eine Umvolkung ausgeschlossen erscheint. Mehrere Millionen der uns gefährlichsten Polen im Wege der Auswanderung in Südamerika, insbesondere Brasilien unterzubringen, erscheint nicht unmöglich. Hierbei könnte man evt. die Südamerikadeutschen, insbesondere die Deutschen aus Südbrasilien austauschweise zurückzuholen versuchen und sie in den neuen Siedlungsgebieten evt. in Taurien und der Krim bezw. im Dnjeprbogen ansetzen, soweit nicht ein Ansatz im afrikanischen Kolonialraum des Reiches in Betracht kommt. Im Hinblick darauf, daß die deutschen Kolonien in Afrika keine Siedlungskolonien sein werden, wird die Zahl der Rückwanderer, die für eine Siedlung im Osten in Betracht kommen, größer als die der in Afrika zum Einsatz Gelangenden sein. Wir müssen mit allen Mitteln versuchen, die Masse der Südamerikadeutschen vor dem Aufgang im Südamerikanertum zu bewahren. Das einzige wirkliche Mittel ist nur die Zurückführung. Eine Verbreitung des Polentums in Südamerika dürfte, insbesondere, wenn sich die Auswanderung nach Brasilien erstrecken sollte, keine erhebliche politische Gefahr bedeuten, da dem fanatischen katholischen Klerus in Brasilien verhältnismäßig leicht die Umvolkung der katholischen Polen gelingen sollte. Der Gedanke, ähnlich wie der Jude Ballin für Deutsche<sup>26</sup>, hier für Polen eine dementsprechende Auswanderungspolitik zu betreiben und Gotenhafen als den großen Auswanderungshafen für Polen zu gestalten,

<sup>26</sup> Albert Ballin, geb. 15. 8. 1857, 1886 Leiter der Passageabteilung und 1899 Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Selbstmord am 8. 11. 1918. Die Entwicklung der HAPAG in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg verdankt in der Tat viel der von B. geförderten Auswanderung. So baute er auf der Elbinsel Veddel eigene Auswandererhallen, in denen z. B. 1907 150 000 Auswanderer durchgeschleust wurden, die zum überwiegenden Teil aus den osteuropäischen Ländern kamen. Von einer „Auswanderungspolitik“ B.s „für Deutsche“ kann ernstlich nicht gesprochen werden.



wird ernsthaft erwogen werden müssen. Die überwiegende Anzahl der rassisch unerwünschten Polen wird aber für die Umsiedlung nach dem Osten in Betracht kommen. Es wird sich hier größtenteils um Bauern, landwirtschaftliche Arbeiter, Gewerbetreibende, Handwerker und dergleichen handeln. Sie wird man ruhig über den sibirischen Raum verstreuen können. Bei ihnen wird die Möglichkeit bestehen, daß sie im Sibiriakentum aufgehen. Der polnische Blutseinschlag im Sibiriakentum wird nur dahin führen können, daß sich der Sibirier in Zukunft nur noch mehr von den Russen distanziert. Voraussetzung ist natürlich, daß die katholische Kirche und vor allem der polnische Klerus niemals Einfluß in diesen Gegenden erhalten dürfte. Sibirien und das Sibiriakentum wird uns Deutschen eine um so größere Stütze im Kampf gegen eine Wiedererstarkung des Russentums werden, je mehr es uns gelingt, dort nichtrussische Elemente hineinzupumpen, verstreut zur Ansiedlung zu bringen und eine möglichst bunte Zusammensetzung der Bevölkerung annähernd dem Beispiel der USA hervorzurufen. Man sollte ruhig den Strom der europäischen Auswanderung, der aus rassischen Gründen in den Siedlungsraum des deutschen Volkes nicht gelenkt werden kann und der im wesentlichen bisher nach Amerika ging, nach Sibirien lenken, soweit es sich nicht um ausgesprochen artfremde Elemente handelt. Das kann nur dazu dienen, das Sibiriakentum noch mehr vom Russentum zu distanzieren. Vielleicht gelingt dadurch auch in sprachlicher Hinsicht eine wesentliche Differenzierung vom Russentum. Zwar ist zu bedenken, daß Angehörige der südeuropäischen Länder mehr geneigt sein werden, nach tropischen oder subtropischen Ländern auszuwandern. Aber unmöglich ist es nicht, daß auch Einwanderer aus diesen Gegenden nach Sibirien gehen, zumal, wenn sie von den Möglichkeiten dieses zu den reichsten Rohstoffgebieten der Erde gehörenden Großraumes hören. Wenn die Industriegebiete von Kusnezsk, Nowosibirsk und Karaganda erst mit voller Kraft arbeiten, werden Arbeitskräfte in großen Massen gebraucht werden, insbesondere technische Kräfte. Warum sollen nicht wallonische Ingenieure, tschechische Techniker, ungarische Industriekaufleute und dergleichen im sibirischen Raum tätig sein können? Hier könnte man mit Recht dann von einem europäischen Siedlungs- und Rohstoffreservenraum reden. Hier hätte auch die europäische Idee in allen Beziehungen Sinn, während sie im Siedlungsraum des deutschen Volkes uns gefährlich wäre, da sie in ihrer Konsequenz dann auch für uns die Annahme des Gedankens der europäischen Rassenmischung bedeuten würde. Würde Europa ein unter seiner Hoheit befindliches Siedlungsreservat in Sibirien besitzen, brauchten die vielen Menschen nicht verloren zu gehen, die es bisher verlor, die es aber in Zukunft dringend im Hinblick auf die großasiatische Idee gebrauchen wird. Es ist dabei stets zu bedenken, daß Sibirien bis zum Baikalsee stets altes europäisches Siedlungsgebiet war. Die heute in diesen Räumen zum Teil vorhandenen Mongoliden und wohl auch Turaniden sind erst seit geschichtlich kurzer Zeit in diesen Gebieten. Sibirien ist, das soll nochmals betont werden, einer der Faktoren, der bei richtiger Gestaltung der Dinge mit maßgeblich für die Unmöglichkeit einer Wiedererstarkung des russischen Volkes werden könnte.

#### b) Zur Ukrainerfrage.

Nach dem Plan des Reichssicherheitshauptamtes sollen auch die Westukrainer in den sibirischen Raum überführt werden. Es wird dabei ein Prozentsatz von 65% genannt. Dieser Prozentsatz ist erheblich geringer als der für die Polen genannte. Es kann zwar keinem Zweifel unterliegen, daß in Ostgalizien, vielleicht auch noch in den Gebieten der Westukraine nicht unerhebliche nordische Blutseinschläge vorhanden sind. Die Westukrainer unterscheiden sich dabei von den Ostukrainern deutlich durch einen erheblich größeren Anteil nordischen Blutes. Trotzdem muß auch bei den Westukrainern, d. h. der ukrainischen Bevölkerung westlich des Dnjepr, davon ausgegangen werden, daß der bei weitem größere Teil der Bevölkerung nicht nor-

disch-fälischen Blutes ist. Bei den Ostukrainern ist der nordisch-fälische Bluteseintrag sehr geringfügig, sie scheinen mit zu den rassisch (am meisten) gemischten Bevölkerungsteilen der Sowjetunion zu gehören. Ob und inwieweit hier zum Teil die in der Sowjetzeit auf das Äußerste geförderte Industrialisierung und die damit verbundene Umschichtung der Bevölkerung ein Einströmen von rassisch mehr oder minder schlechten Elementen hervorgerufen hat, ist hier nicht näher zu untersuchen. Jedenfalls erscheint der vom Reichssicherheitshauptamt angenommene Prozentsatz der eindeutschungsfähigen Westukrainern von 35 %, der auf bloßer Annahme beruht, in keiner Weise aber durch irgendwelche Unterlagen belegt werden kann, reichlich hoch. Es wird abzuwarten sein, zu welchen Feststellungen hier spätere rassenkundliche Untersuchungen der westukrainischen Bevölkerung führen.

Eines scheint mir jedenfalls festzustehen: Eine Überführung der nicht eindeutschungsfähig erscheinenden Westukrainern in den sibirischen Raum ist aus politischen Gründen nicht möglich. Wenn eine Aussiedlung dieser Westukrainern erfolgt, kann sie nur nach den Gebieten stattfinden, die als Siedlungsraum des ukrainischen Volkes vorgesehen sind, d. h. in die Gebiete des Reichskommissariats Ukraine, die nicht als deutscher Siedlungsraum in Betracht kommen. Dadurch würde, zumal die russische Bevölkerung im Reichskommissariat Ukraine zahlenmäßig ziemlich stark ist, ein weiteres Gegengewicht gegen das Russentum geschaffen. Eine Abschiebung der rassisch unerwünschten Westukrainern nach Sibirien würde nur dazu führen, uns die Ukrainer völlig zu entfremden, weiterhin würden in Sibirien, zumal bei den Westukrainern noch Intelligenzschichten im westeuropäischen Sinn vorhanden sind, nur gefährliche Unruheherde für eine deutsche Herrschaft entstehen. Auch die Abschiebung der Westukrainern in nördliche oder östliche Teile des Reichskommissariats Ukraine wird uns schon große Schwierigkeiten bezüglich der Einstellung der Ukrainer gegenüber uns machen. Falls man den Ukrainern beibringen könnte, daß die Entwicklungsmöglichkeiten für ihr Volkstum und ihre großen wirtschaftlichen Möglichkeiten in den östlichen bzw. nördlichen Gegenden des Reichskommissariats liegen, wird man vielleicht etwas eher über diese Schwierigkeiten hinwegkommen. Der weitere Ausbau der Industrie im Donezbecken, der nach den früher gemachten Ausführungen auch aus rassen- und bevölkerungspolitischen Gründen dringend zu befürworten ist, wird in erster Linie mit ukrainischen Kräften durchzuführen sein. Insofern könnten derartigen westukrainischen Umsiedlern ausreichende, ja gute Existenzmöglichkeiten geboten werden. Im übrigen scheinen auch die fruchtbaren Schwarzerdböden des nördlichen und östlichen Raumes des Reichskommissariats noch genügend weitere Siedlungsmöglichkeiten zu bieten, ohne daß dabei eine Aussiedlung der dort vorhandenen russischen Bevölkerung in größerem Maße erforderlich erscheint. Eine Aussiedlung der dortigen russischen Bevölkerung erscheint auch deshalb bedenklich, weil man dann die Möglichkeit verlieren würde, die Bevölkerung zu ukrainisieren und damit das Russentum weiter zu schwächen, was nach wie vor die Hauptaufgabe bleibt.

### c) Das Weißruthenenproblem.

Die Weißruthenen werden nach den Angaben des Planes zu 75 % ausgesiedelt. 25 % der weißruthenischen Bevölkerung sollen also nach dem Plan des Reichssicherheitshauptamtes zur Eindeutschung gelangen. Diese Sätze decken sich in keiner Weise mit der Auffassung, die vom Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums hier vertreten wird. Dabei sind bei der Frage der rassischen Wertung der Weißruthenen innerhalb der Dienststellen des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums offenbar wieder zwei Meinungen vorhanden: Während das Stabsamt des Reichsfestigungskommissars offensichtlich auch hier einen scharfen Standpunkt einzunehmen scheint, hat die Abteilung Raumplanung anscheinend hier nicht so strenge

Auffassungen. Dabei ist auch hier die Situation die, daß wir uns ein völlig klares Bild über die rassische Zusammensetzung der weißruthenischen Bevölkerung heute noch nicht machen können, da eine rassische Bestandsaufnahme noch nicht erfolgt ist und die bisherigen Unterlagen so dürftig sind, daß wir darauf in keiner Weise sogar ein vorläufiges Urteil abgeben können. Zweifellos ist im Weißruthenentum ziemlich starker ostbaltischer Rasseneinschlag vorhanden, wie vielleicht überhaupt Weißruthenien, Litauen und Westrußland die Gebiete des stärksten Vorkommens der ostbaltischen Rasse zu sein scheinen. Es darf aber auch nicht verkannt werden, daß sich unter den Weißruthenen auch ziemlich reine nordische Typen erhalten haben. So habe ich Weißruthenen gesehen, als deren Heimat man, wenn sie Deutsche gewesen wären, Schleswig-Holstein oder Niedersachsen bezeichnet hätte. Diese rassisch wertvollen Sippen unter den Weißruthenen sollte man möglichst bald umzuvoelken und einzudeutschen versuchen, ehe ein weißruthenisches Volkstumsbewußtsein entstanden ist und damit die Umvoelkung erschwert wird. Man muß dabei davon ausgehen, daß an eine Besiedlung des weißruthenischen Raumes durch Deutsche in den nächsten Jahren nicht zu denken ist. Die planmäßige Besiedlung Weißrutheniens kann vielmehr erst nach der Eindeutschung des westlich gelegenen Raumes erfolgen. Die rassisch unerwünschte weißruthenische Bevölkerung wird sich daher noch auf Jahre im weißruthenischen Raum befinden. Damit erscheint es aber dringend notwendig, die nordisch-fälischen weißruthenischen Typen, die sich aus rassischen und auch aus politischen Gründen für die Eindeutschung eignen, möglichst umgehend auszusuchen und als Arbeitskräfte in das Reich zu bringen. Sie müßten im Reich als „Wiedereindeutschungsfähige“<sup>27</sup> ebenso wie die eindeutschungsfähigen Polen bezeichnet und demgemäß auch behandelt werden. Sie könnten in der Landwirtschaft als landwirtschaftliche Arbeiter oder auch in der Industrie oder in Handwerksberufen beschäftigt werden und würden, da sie als Deutsche behandelt werden und kaum ein eigenes Nationalgefühl haben, bald, zumindestens in der nächsten Generation, eingedeutscht werden können. Daß wir gerade in den oben erwähnten Berufszweigen einen erheblichen Mangel haben, ist nur<sup>28</sup> zu bekannt. Es ist aber rassenpolitisch eher zu verantworten, uns rassisch nahestehende Fremdvölkische als Arbeitskräfte aufzunehmen, als uns rassisch fernstehende Europäer aus dem Süden und Südosten hier zu beschäftigen. Schon heute haben wir Tausende an Geburten von unehelichen Kindern solcher völlig unerwünschten Fremdstämmigen. Immer stärker dringt durch die sich immer steigende Zahl der Fremdarbeiter unerwünschtes Blut in unseren Volkskörper in einem Umfange, wie man es nie für möglich gehalten hätte. Die riesengroßen Gefahren, die unserem Volkskörper dadurch drohen, werden leider heute zum großen Teil, insbesondere von den Kreisen der Wirtschaft, nicht in vollem Umfange erkannt. Ganz abgesehen davon, daß ein großer Teil des besten Blutes unseres Volkes auf den Schlachtfeldern bleibt und damit dem Volkskörper verloren geht, andererseits dadurch die rassisch schlechteren Teile unseres Volkes schon zu einer erhöhten Fortpflanzung kommen, kommen nun noch Rassenzüge in unser Volk hinein, die uns bisher fremd waren. So dringt durch Südtaliener und Angehörige der Balkanvölker neben westlichem und dinarischem Blut auch orientalisches, vorderasiatisches, ja negrides Blut in das deutsche Volk. Es wäre eine Großtat des Ostministeriums, wenn es gelingen sollte, diesen Zustrom der unerwünschten Fremdvölkischen zu hemmen, ja sie abzuschieben und sie durch rassisch uns nahestehende Angehörige der Ostvölker zu ersetzen. Wir müssen zu einem rassisch gelenkten Arbeitseinsatz der Fremdvölkischen kommen. Wir haben das ungeheure Menschenreservoir des

<sup>27</sup> So der SS-interne terminus technicus, da man von der Fiktion ausging, daß alle diese als biologisch hochwertig beurteilten Menschen natürlich deutscher Abstammung sein mußten.

<sup>28</sup> Im Text: uns.

Ostens vor uns. Wir können uns dort die Sippen aussuchen, die wir im Reich ohne rassische Besorgnisse zum Einsatz bringen können. Daß wir jetzt in der Kriegszeit keine großen Sippenüberprüfungen vornehmen können, ist klar. Denn erst muß der Krieg gewonnen werden. Aber die Wirtschaft muß darauf hingewiesen werden, daß man mit den heutigen Methoden des Arbeitseinsatzes später nicht arbeiten kann. Die rassenpolitische Lage ist heute die, daß wir zwar 500 000 Juden aus dem Reichsgebiet gewiesen, dafür aber fast die zehnfache Zahl von rassistisch unerwünschten Fremdvölkischen bei uns aufgenommen haben. Das Verhängnisvollste, was dem deutschen Volk jemals drohen könnte, wäre der Sieg der paneuropäischen Rassenidee, der nur den großen europäischen Rassensumpf zur Folge haben könnte. Wenn man sich nicht entschließen sollte, die rassistisch wertvollen Weißruthenen in das Reich zu bringen, müßte man wenigstens versuchen, sie im weißruthenischen Raum gesondert von der übrigen weißruthenischen Bevölkerung anzusetzen und dort vom Weißruthenentum wegzuentwickeln. Daß dieser Prozeß sehr schwierig und vor allem auch langwierig ist, liegt auf der Hand. Es spricht jedenfalls alles dafür, die rassistisch wertvollen weißruthenischen Sippen im Reich anzusetzen.

Eine weitere Frage ist noch die, wohin später die Weißruthenen, die aus rassistischen Gründen für eine Eindeutschung nicht in Betracht kommen, umgesiedelt werden sollen. Der Generalplan sieht auch für sie Westsibirien vor. Man muß davon ausgehen, daß es sich bei den Weißruthenen um das harmloseste und daher für uns ungefährlichste aller Völker im Ostraum handelt. Auch die Weißruthenen, die wir aus rassistischen Gründen nicht im Siedlungsraum unseres Volkes lassen können, können wir eher wie jede anderen Völker des Ostraumes für unsere Interessen noch einspannen. Der Boden Weißrutheniens ist karg. Ihnen bessere Böden anzubieten, hieße sie mit manchem, was sie gegen uns aufbringen könnte, versöhnen. Hierzu kommt im übrigen ja auch, daß an sich die russische, insbesondere auch die weißruthenische Bevölkerung zur Wanderung neigt, so daß dort eine Umsiedlung nie so tragisch wie in den Baltischen Ländern genommen werden würde. Zu erwägen wäre der Gedanke, Weißruthenen in das Uralgebiet oder in die nordkaukasischen Gebiete zu verpflanzen, die noch zum Teil zu den europäischen Siedlungsreservoirs gehören dürften. Auf jeden Fall müßten die Weißruthenen bei der Frage der Umsiedlung vorsichtig behandelt werden, schon um zu vermeiden, daß sie nach ihrer Umsiedlung etwa im Russentum aufgehen. Ein Aufgehen im Sibiriakentum oder auch im ukrainischen Volk, falls noch die östlichen Gebiete des Reichskommissariats Ukraine teilweise für ihre Ansiedlung in Betracht kommen, könnte dagegen wohl in den Kauf genommen werden können.

#### Zur Frage der zukünftigen Behandlung der Russen.

Im folgenden muß nun aber noch eine Frage gestreift werden, die in dem Generalplan Ost überhaupt nicht erwähnt ist, die aber überhaupt die Frage im ganzen Ostraum ist, nämlich wie und ob sich überhaupt auf die Dauer gesehen eine deutsche Herrschaft angesichts der gewaltigen biologischen Kraft des russischen Volkes aufrechterhalten läßt. Damit muß kurz auf die zukünftige Behandlung der Russen, die in dem Generalplan so gut wie gar nicht erwähnt werden, eingegangen werden. Mit Sicherheit kann heute davon ausgegangen werden, daß die früheren anthropologischen Kenntnisse über den russischen Raum, ganz abgesehen davon, daß sie nur lückenhaft und veraltet waren, im wesentlichen nicht zutreffend sind. Diese Feststellung wurde bereits im Herbst 1941 vom Rassenpolitischen Amt in Verbindung mit namhaften deutschen Wissenschaftlern getroffen. Sie ist jetzt wiederum noch von Prof. Dr.



Abel<sup>29</sup>, dem früheren ersten Assistenten von Prof. Eugen Fischer, der im Laufe dieses Winters im Auftrage des Oberkommandos der Wehrmacht an Russen eingehende anthropologische Untersuchungen durchgeführt hat, bestätigt worden. Prof. Abel kam in seinem hierüber in der Osttagung der deutschen Wissenschaft gehaltenen Vortrag zu dem Ergebnis, daß in den Russen viel stärkere nordische Rasseeneinschläge vorhanden seien, als wie bisher vermutet worden sei. Neben diesen tatsächlich nordischen Rasseelementen, die in ihrer großen Masse wohl schon seit langem in diesem Raum, insbesondere in den nordwestlichen russischen Gebieten sitzen und die nicht allein auf germanische, insbesondere warägische Einwanderer zurückgeführt werden können, finden sich in überwiegenderem Maße hellfarbige, primitiv europide, mehr oder minder langköpfige Rassentypen, die keinesfalls unter die 6 Güntherschen europäischen Systemrassen<sup>30</sup> fallen, auch nicht als europid-mongolide Mischformen erklärt werden können, sondern die vielmehr zweifellos alt-europide, bisher noch nicht weiter beschriebene Rassenformen darstellen. Außerdem finden sich unter den Russen, hauptsächlich in den westlichen Gegenden, ostbaltische Einschläge. Diese ostbaltischen Rassenzüge sind aber in keiner Weise so stark, als wie bisher angenommen wurde. Die nordischen Rasseelemente, die offenbar keine fälischen Züge aufweisen, scheinen jedenfalls stärker als die ostbaltischen Typen im Russentum verbreitet zu sein. Alle anderen Rasseeneinschläge spielen offensichtlich im Russentum nur eine geringe Rolle. Prof. Abel wies angesichts der Verbreitung des nordischen Bluteinschlages auf die besondere Gefährlichkeit der Russen für die weitere Zukunft unseres Volkes hin, er warnte dringend, die Russen irgendwie zu unterschätzen. Es handele sich bei den Russen, so führte er aus, noch um ein junges Volk, das angesichts seiner rassischen Zusammensetzung vielleicht doch noch zu Leistungen befähigt sein könnte, wie immerhin die von den Sowjets durchgeführte Industrialisierung, die Leistungen russischer Facharbeiter und dergl. zeigten. Da es biologisch weitaus stärker als das deutsche Volk sei, bestünde die große Gefahr, daß wir mit den Ostproblemen niemals fertig werden würden, ja in 25 oder 30 Jahren einen neuen Krieg im Osten haben könnten. Abel sah unter diesen Umständen nur folgende Lösungsmöglichkeiten: Entweder die Ausrottung des russischen Volkes oder aber die Einddeutschung des nordisch bestimmten Teils des russischen Volkes. Diese sehr ernst zu nehmenden Ausführungen Abels verdienen allergrößte Beachtung. Es handelt sich nicht allein um die Zerschlagung des Moskowitertums, eine Zielsetzung, die durchgeführt, weil sie nur historisch gedacht ist, nie die restlose Lösung des Problems bedeuten würde. Vielmehr handelt es sich um die Zerschlagung russischen Volkstums selbst, um seine Aufspaltung. Nur wenn die Probleme hier konsequent vom biologischen, insbesondere rassebiologischen Standpunkt aus gesehen werden und wenn demgemäß die deutsche Politik im Ostraum eingerichtet wird, besteht die Möglichkeit, der uns vom russischen Volke her drohenden Gefahr zu begegnen.

Der von Abel evt. vorgeschlagene Weg, das Russentum zu liquidieren, kommt, abgesehen davon, daß die Durchführung kaum möglich ist, auch aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht in Betracht. Unter diesen Umständen müssen verschiedene Wege gegangen werden, um mit dem Russenproblem fertig zu werden. Diese sollen im folgenden kurz aufgezeigt werden:

<sup>29</sup> Prof. Dr. phil. Wolfgang Abel, geb. 15. 5. 05, seit 1934 Dozent (Anthropologe) an der Universität Berlin und 1. Assistent am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie in Berlin-Dahlem, Juli 1941 ao. Prof., Juni 1943 als Nachfolger Fischers Ordinarius.

<sup>30</sup> Nordische, fälische, westische, dinarische, ostische und ostbaltische Rasse. Die beiden ersten sollten nach den Zuchtprinzipien der SS als besonders wertvoll gefördert, der Anteil der übrigen vier nach Möglichkeit reduziert werden.



- a) Zunächst kommt hier in Betracht, den Volksboden des russischen Volkes in verschiedene politische Verwaltungsbezirke aufzuteilen, um eine eigene volkstumsmäßige Entwicklung dieser Bezirke anzubahnen. Das Problem des Sibirakentums und der Entwicklung einer eigenen völkischen Idee der Sibirier ist bereits oben eingehend besprochen. Sibirien darf jedenfalls in keinen Zusammenhang mit den russischen Kerngebieten mehr kommen. Es erscheint aber auch zweckmäßig, den ostrussischen Raum, der ja gleichfalls wie Sibirien russisches Kolonialland ist und auch heute noch zum großen Teil von ostfinnischen und Turkvölkern besiedelt wird, aus den russischen Gebieten herauszunehmen und einer gesonderten Verwaltung zu unterstellen. Es kann dabei dahingestellt bleiben, ob man hier dem Gedanken der Schaffung eines Reichskommissariats Ural<sup>31</sup> nachgeht oder ob man hier einzelne, auf die in diesem Raum siedelnden nichtrussischen Völker eingerichtete Verwaltungsbezirke schafft, ohne daß hier eine besondere örtliche Zentralinstanz geschaffen wird. Entscheidend ist jedenfalls, daß diese Gebiete nicht einer in den russischen Kerngebieten vorhandenen deutschen Zentralbehörde unterstehen. Es muß den Völkern dieses Raumes beigebracht werden, in keinem Fall nach Moskau die Blickrichtung zu lenken, auch nicht nach einem Moskau, in dem ein deutscher Reichskommissar sitzt. Es ist auch zu bedenken, daß überall in dem ostrussischen und Uralraum starke russische Bevölkerungsteile sitzen, die in vielen Gegenden durchaus in der Mehrzahl sich befinden. Starke Teile der russischen Bevölkerung dieser Gegenden gehören abstammungsgemäß der ostfinnischen Urbevölkerung, zum Teil auch den dort sitzenden Turkvölkern an. Es wird darauf ankommen, bei diesen russifizierten Schichten die Rückfinnesierung bzw. die Rückturkesierung zu beschleunigen und fernerhin auch bei der sonstigen russischen Bevölkerung in diesen Gebieten zumindestens eine Umvolkung zu versuchen. Alle diese Versuche erscheinen aussichtsreicher, wenn für diese Gebiete eine Zentralinstanz in Moskau nicht besteht. Die Frage, welche Umvolkung hier zu begünstigen sein wird, scheint mir mehr in Richtung der ostfinnischen Völker als der Turkvölker zu liegen. Ganz abgesehen davon, daß die Ostfinnen den älteren Anspruch auf diese Gegenden haben – die Turkvölker sind ja erst vor verhältnismäßig kurzer Zeit in diesen uralten europäischen Siedlungsraum vorgestoßen –, erscheint der Gedanke einer panfinnischen Idee, ganz abgesehen davon, daß er heute noch nicht existiert, weniger gefährlich als das Pantürkentum, das nicht nur ein abstrakter Begriff ist<sup>32</sup>. Finnen an der Wolga sind jedenfalls leichter als Türken zu ertragen. Schwierigkeiten bestehen natürlich in großem Maße insofern, als gerade bei den ostfinnischen Völkern heute ein eigenes Nationalgefühl, wie Erfahrungen in Kriegsgefangenenlagern ergeben haben, nur in geringem Maße besteht. Es wird die Aufgabe der deutschen Verwaltung sein, gerade in diesen Gebieten ein starkes Nationalbewußtsein der einzelnen Völker zu entwickeln. Es muß dahin kommen, in diesen Gebieten die russische Sprache als Verwaltungs- bzw. als Verkehrssprache möglichst auszuschalten. Dabei taucht ein weiteres Problem auf: Im Uralgebiet sowohl als auch im Kaukasus grenzen die verschiedenartigsten Völker und Sprachen aneinander. Es wird nicht möglich, vielleicht auch politisch nicht geschickt sein, im Ural die tatarischen

<sup>31</sup> Ein solches Reichskommissariat war in der ursprünglichen Planung nicht vorgesehen, sondern nur die vier Reichskommissariate Ostland (eingerrichtet), Ukraine (eingerrichtet), Kaukasien und Moskau bzw. Rußland, letzteres bis ostwärts des Ural reichend.

<sup>32</sup> Die vor allem von der georgischen Emigration geförderten Bedenken hinsichtlich des pantürkischen Gedankens waren damals im Ostministerium weit verbreitet. Publikationen etwa einschließlich der Neuauflagen bereits erschienener Werke wurden sorgfältig daraufhin überprüft, daß diese der beabsichtigten Ostpolitik zuwiderlaufende Idee nicht etwa irgendwo durchklinge.

sche oder mordwinische Sprache, im Kaukasus etwa die georgische Sprache zur führenden Sprache zu erheben, zumal leicht die anderen Völker dieser Räume dadurch verstirmt werden könnten. Der Gedanke ist durchaus zu erwägen, evt. als die die einzelnen Völker verbindende Sprache das Deutsche einzuführen<sup>83</sup>. Eine Umvolkung dieser Völker ist selbstverständlich nie damit beabsichtigt. Der Gedanke, Völker aus diesen Gegenden einzudeutschen, ist schon aus rassischen Gründen absurd. Im Gegenteil ist darauf zu dringen, daß die einzelnen Völker im Uralgebiet und im Kaukasus ihre Muttersprache behalten, ja daß die eigenen Sprachen gefördert werden. Aber der Gedanke, als verbindende Sprache das Deutsche zuzulassen, erscheint durchaus nicht von der Hand zu weisen, zumal der deutsche Einfluß im Orient dadurch nur verstärkt werden würde.

Der Fortentwicklung vom Russentum erscheint es auch günstig, in den Industriegebieten des Urals solche Fremdvölkischen dortselbst zum Ansatz zu bringen, die in den für das deutsche Volk als Siedlungsraum vorgesehenen Gebieten aus rassischen Gründen nicht geduldet werden können.

Zu erwägen wird weiter sein, ob nicht der nordrussische Raum vom Gebiet des Reichskommissariats Rußland verwaltungsmäßig zu trennen ist. Denn es handelt sich hier um russischen Kolonialboden, zum Teil sitzen hier auch noch nicht-russische Völker. Der Gedanke, diesen Raum als zukünftigen großgermanischen Kolonialraum zu gestalten, erscheint auch angesichts der Tatsache, daß sich hier zum Teil noch stärker nordisches Blut in der Bevölkerung vorfindet, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen.

Im übrigen müßte auch in den verbleibenden russischen Kerngebieten die Tendenz der einzelnen dort vorhandenen Generalkommissariate darauf hinausgehen, ihre Gebiete möglichst voneinander zu scheiden und fortzuentwickeln. Der Russe aus dem Generalkommissariat Gorki muß das Gefühl erhalten, etwas anderes zu sein als der Russe aus dem Generalkommissariat Tula. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese verwaltungsmäßige Aufsplitterung des russischen Raumes und eine planmäßige Fort- und Auseinanderentwicklung der einzelnen Räume eines der Mittel ist, einer Erstarung des Russentums vorzubeugen.

- b) Ein zweites Mittel, das wohl noch entscheidender als die unter a) erörterten Maßnahmen ist, ist die rassische Auslaugung des Russentums. Eine völlig Eindeutschung des Russentums ist weder jemals möglich noch aus rassischen Gründen für uns tragbar und erwünscht. Was aber durchgeführt werden kann und durchgeführt werden muß, ist die Absonderung der im russischen Volk vorhandenen nordischen Sippen und ihre allmähliche Eindeutschung. Im europäischen Raum sind nun einmal die nordischen Rasselemente diejenigen, die bestimmend für die Qualität und die Leistungen der Völker sind. Je mehr ein Volk in diesem Raum nordischen Blutsanteil in sich trägt, desto wertvoller ist es, je weniger, zu desto geringeren Leistungen ist es fähig. Dabei gilt aber auch für die nordisch bestimmten Völker selbstverständlich das Gesetz der Zahl. Völker wie die Norweger oder Vlaamen können infolge ihrer geringen Anzahl politisch erhebliche Leistungen heute nicht mehr erreichen. Daß beide, wie überhaupt alle nordisch bestimmten Völker, kulturell dagegen auch noch heute Höchstleistungen hervorbringen, wird niemand ernsthaft bestreiten können. Die zukünftige Weltpolitik wird in Zukunft erst recht von dem Gesetz der Zahl bestimmt sein, dies umso mehr, als die Selbstbestimmung

<sup>83</sup> Die Einführung der deutschen Sprache in den besetzten Ostgebieten war bereits in einer Denkschrift des Ostministeriums vom 29. Juli 1941 (Nbg. Dok. 1048-PS) erörtert worden. Auch der Verfasser dieser Aufzeichnung hatte die Verbreitung der deutschen Sprache im Osten als „Bindemittel“ empfohlen, allerdings – mit Ausnahme der für die Eindeutschung vorgesehenen Gebiete – nur unter den „besseren und vorwärtstrebenden Elementen“.

der zahlenmäßig starken asiatischen Völker nach diesem Kriege eine reale Tatsache sein wird. Ein Großostasien und ein unabhängiges Indien sind Gebilde, die über Hunderte von Millionen Einwohner verfügen. Eine deutsche Weltmacht mit 80 oder 85 Millionen Deutschen ist demgegenüber zahlenmäßig zu schwach. Wir können den Raum, der nach der siegreichen Beendigung des Krieges unter unserer Kontrolle steht, nur halten, wenn wir unsere deutsche Volkszahl steigern. Allein mit der Geburtenkraft unseres deutschen Volkes können wir hier nicht rechnen. Im Gegenteil ist, falls die Pläne einer weiteren Industrialisierung des Reiches nach dem Kriege tatsächlich durchgeführt werden sollten, mit einem Zurückgehen der deutschen Geburtenziffern zu rechnen, wobei insbesondere noch hinzukommt, daß sich Hunderttausende von deutschen Männern im Osten als Besatzungstruppen oder Verwaltungskräfte befinden und für die Vermehrung der Volkskraft mehr oder minder ausfallen. Wir werden, auch wenn es uns gelingen sollte, durch Einführung eines gesunden Kinderlastenausgleiches und durch bäuerliche Siedlung in großem Umfange die Geburtenziffern unseres Volkes (zu) heben, immer darauf angewiesen sein, schon aus dem gesunden Instinkt heraus, Weltmacht bleiben zu wollen, die nordisch-fälisch bedingten Rassenemente anderer Völker unserem Volkskörper zuzuführen. Wir können uns dabei nicht darauf beschränken, nur die germanischen europäischen Völker langsam in diesen Prozeß hineinzuziehen, wobei naturgemäß in erster Linie der im Siedlungsraum des deutschen Volkes zur Ansiedlung kommende Bevölkerungsüberschuß dieser Länder hierfür in Betracht kommt, sondern wir müssen dabei auch auf die nordisch-fälischen Sippen der Ostvölker zurückgreifen. Es hat sich immer wieder erwiesen, daß die nordischen Typen der Ostvölker die für uns gefährlichen sind. Es ist typisch, daß unter den russischen Kriegsgefangenen die mehr oder minder nordisch aussehenden Typen beruflich die Konstrukteure oder Facharbeiter der Sowjets darstellen. Aus diesen Schichten, die aus der immer noch gesunden russischen Bauernbevölkerung hervorgegangen sind, könnten, wenn sie sich zu einer Intelligenz im westlichen Sinne entwickeln sollten, die tragenden nationalen Kräfte des Russentums hervorgehen, was alles andere als erwünscht ist. Wir müssen immer das eine bedenken, daß die Bolschewisten ihre ganze Kraft auf diesem Bauerntum, das zum großen Teil inzwischen proletarisiert und verstädtert worden ist, stützen, dessen Menschen aber auch heute noch größtenteils vorhanden sind. Dieses Bauerntum befand sich bei Ausbruch der russischen Revolution noch erst in jugendfrischer Entwicklung. Hätten die Bolschewisten damals ein Bauerntum angetroffen, das sich auf der Entwicklungsstufe des deutschen Bauerntums befunden hätte, so wäre es den Sowjets nicht möglich gewesen, sich so lange zu halten. Wir handeln im Interesse von Generationen von deutschen Geschlechtern, wenn wir diese rassisch uns verwandten Sippen dem Russentum entziehen und die Eindeutschung dieser Sippen versuchen. Es handelt sich um wenige Millionen, die aber für uns weit gefährlicher als die große verbleibende stumpfe, primitive Masse sind. Es ist dies keine unmögliche Aufgabe. Wir wollen ja dies alles auch nicht in wenigen Jahren zu lösen versuchen; wir wissen vielmehr, daß mehrere Generationen an diesen Problemen zu arbeiten haben. Was aber entscheidend ist, ist, daß diese Aufgaben von vornherein richtig angefaßt werden, daß von vornherein auch die Planung in diesem Sinne aufgezogen wird und die deutschen Verwaltungskräfte systematisch auch auf diese Aufgabe von vornherein hingelenkt werden. Diese nordischen Sippen können nicht im Gebiet des Reichskommissariats Rußland oder in ihren sonstigen östlichen Siedlungsgebieten verbleiben, wenn sie zur Eindeutschung gelangen sollen. Sie müssen vielmehr in das Reich und zwar in geschlossene deutsche Gebiete angesiedelt werden. Sie können ebenso wie rassisch erwünschte Weißruthenen und Ukrainer die fehlende deutsche Landarbeiter- und Industriebevölkerung ersetzen. Sie werden die Millionen unerwünschter fremd-

völkischer Arbeitskräfte aus dem Süden und dem Südosten Europas ablösen können. Damit können wir zugleich das Einströmen weiteren unerwünschten Blutes aus diesen Gegenden in unser Volk verhindern. Wenn sich diese rassisch guten Arbeitskräfte aus dem Osten mit unserer deutschen Bevölkerung vermischen, so bestehen hiergegen keine Bedenken. Das Russentum wird jedenfalls durch die Entziehung dieser Elemente entscheidend geschwächt werden. Das, was von anderen gefährlichen Rassenbestandteilen in das russische Volk eingedrungen ist, ist zahlenmäßig nicht mehr so bedeutend, zumal die jüdischen Mischlinge ausgemerzt sein werden und die tatarischen Blutsanteile offensichtlich viel stärker in dem zugrundegegangenen Adel und der zaristischen Intelligenz als im russischen Bauerntum vorhanden gewesen sein dürften. Vorderasiatenblut der Kaukasusvölker scheint in der Sowjetzeit in die russischen Städte eingedrungen zu sein. Diese Mischlinge in den Kaukasus abzuschieben, wäre zweckdienlich. Es kommt darauf an, im russischen Raum eine Bevölkerung zu haben, die sich in ihrer großen Masse aus den oben beschriebenen, primitiv europiden Typen zusammensetzt. Sie wird einer deutschen Führung die geringsten Schwierigkeiten machen. Diese rassenmäßig bedingte stumpfe Masse bedarf vielmehr, wie die jahrhundertalte Geschichte dieses Raumes ergeben hat, einer Führung. Wenn es den deutschen Führungsschichten gelingt, den erforderlichen Abstand von der Bevölkerung zu halten und wenn vermieden wird, durch außereheliche Verbindungen deutsches Blut in das Russentum aufgehen zu lassen, kann die Möglichkeit einer längeren deutschen Herrschaft in diesem Raum durchaus bestehen, vorausgesetzt, daß wir mit der biologischen Gefahr, die nun einmal die ungeheure Vermehrungskraft dieser Primitiven darstellt, fertig werden.

- c) Wege, die zur Zerstörung der biologischen Kraft eines Volkes führen, gibt es viele. In Kulturländern rufen häufig schlechte wirtschaftliche Verhältnisse schwerwiegende Geburtenrückgänge hervor. An die sinkenden Geburtenziffern im Reich vor 1933 sei erinnert. Manchmal scheint aber auch sehr großer Wohlstand zum gleichen Ergebnis zu führen (vgl. Schweden, USA, die bessergestellten Schichten des Empire). Bei der primitiven Bevölkerung der Sowjetunion haben offensichtlich die Notjahre unter dem bolschewistischen Regime eine Senkung der Geburtenziffern nicht hervorbringen können. Allenfalls die Industrialisierung in den letzten Jahren und die damit verbundene Verstädterung führte zu einer gewissen Senkung. Trotzdem waren die russischen Geburtenziffern noch weit höher als die deutschen. Das Ziel einer deutschen Bevölkerungspolitik im russischen Raum wird sein müssen, die Geburtenziffern auf ein Maß zu bringen, das unter der deutschen Geburtenziffer liegt. Das gleiche dürfte übrigens auch für den äußerst geburtenstarken Kaukasusraum, zum Teil später auch für die Ukraine Geltung haben. Zunächst besteht ein Interesse, die Zahl der Ukrainer als Gegengewicht gegen die Russen zu vermehren. Das darf aber nicht dazu führen, daß die Ukrainer später an die Stelle der Russen treten. Um in den Ostgebieten (nicht) zu einer für uns unerträglichen Vermehrung der Bevölkerung zu kommen, ist es dringend notwendig, alle die Mittel im Osten zu unterlassen, die wir im Reich zur Erhöhung der Geburtenziffer angewandt haben. Wir müssen in den betreffenden Gebieten eine bewußt negative Bevölkerungspolitik treiben. Durch Propagandamaßnahmen, insbesondere durch Presse, Rundfunk, Kino, Handzettel, kurze Broschüren, Aufklärungsvorträge und dergleichen muß der Bevölkerung immer wieder der Gedanke eingeredet werden, wie schädlich es ist, sich viele Kinder anzuschaffen. Es muß einmal auf die Kosten hingewiesen werden, die Kinder machen, dann auf das, was man sich dafür hätte anschaffen können. Es können die großen gesundheitlichen Gefahren, die der Frau bei Geburten entstehen können, angedeutet werden und dergleichen. Neben dieser Propaganda muß eine großzügige Propaganda für Verhütungsmittel ins Land gehen. Eine Industrie für derartige Mittel muß eigens geschaffen werden. Strafbar darf weder das Anpreisen

3/7\*



und Verbreiten von Verhütungsmitteln noch die Abtreibung sein. Man sollte die Einrichtung von Abtreibungsinstituten durchaus fördern. Man kann z. B. Hebammen oder Feldscherinnen zu Abtreiberinnen ausbilden. Je sachgemäßer die Abtreibungen vorgenommen werden, desto mehr wird die Bevölkerung hierzu Vertrauen gewinnen. Auch der Arzt muß selbstverständlich zu diesen Handlungen befugt sein, ohne daß hier ein Verstoß gegen die ärztliche Standesehre in Betracht kommt. Die freiwillige Sterilisierung ist gleichfalls zu propagandieren. Die Säuglingssterblichkeit darf nicht bekämpft werden. Auch Aufklärung der Mütter über Säuglingsfürsorge und Kinderkrankheiten darf nicht erfolgen. Es muß versucht werden, die Ausbildung der russischen Ärzte auf diesen Gebieten so gering wie möglich erfolgen zu lassen. Kinderheime und dgl. dürfen nicht gefördert werden. Neben diesen negativen Maßnahmen auf gesundheitlichem Gebiet darf nicht etwa die Ehescheidung besonders erschwert werden. Für uneheliche Kinder sollten keine besonderen Maßnahmen getroffen werden. Steuererleichterungen für Kinderreiche, Kinderzulagen wie überhaupt alle Maßnahmen, die Kinderreiche bevorzugen, müssen vermieden werden. Wenn in der neuen Agrarordnung<sup>24</sup> bestimmt ist, daß bei der Landaufteilung da, wo betriebswirtschaftliche Gründe dies erfordern, die Zahl der Familienangehörigen oder der arbeitsfähigen Familienmitglieder berücksichtigt werden kann, so ist dies selbstverständlich in der heutigen Zeit, wo es darauf ankommt, die Landwirtschaft im Osten so intensiv wie möglich zu gestalten, berechtigt. Ob man jedoch später an derartigen Bestimmungen festhalten soll, erscheint im Hinblick darauf, daß sie zum Kinderreichtum anreizen, zweifelhaft. Daß man bei systematischer Anwendung der oben dargelegten Mittel erhebliche Erfolge in der Schwächung des russischen Volkskörpers erzielen wird können, liegt auf der Hand. Dabei sind wir durchaus in der Lage, bei einem zu radikalen Geburtenrückgang, der die Existenz des Russentums auf das Spiel stellen würde, jederzeit einzugreifen, indem wir diese oder jene Maßnahmen aufheben. An einer völligen biologischen Vernichtung des Russentums können wir jedenfalls solange kein Interesse haben, als wir nicht selbst in der Lage sind, mit unseren Menschen den Raum zu füllen. Denn sonst würden andere Völker diesen Raum einnehmen, was gleichfalls nicht in unserem Interesse liegen würde. Unser Ziel bei der Durchführung dieser Maßnahmen ist nur, das Russentum so zu schwächen, daß es uns nicht mehr durch die Masse seiner Menschen überwuchern kann. Haben wir die Masse des russischen Volkes zum Gedanken des Einkinder- oder Zweikindersystems bekehrt, dürften wir das gesteckte Ziel erreicht haben. Wie weit wir damit die weiße Rasse im Hinblick auf die Gefahren aus Asien schwächen, ist eine andere Frage. Vielleicht ist eine positive Bevölkerungspolitik im sibirischen Raum, die hier für uns nicht gefährlich ist, der richtige Ausgleich. Für uns Deutsche kommt es nur darauf an, das Russentum derart zu schwächen, daß es nicht mehr in der Lage ist, den deutschen Führungsanspruch im europäischen Raum zu gefährden. Diesem Ziel bringen uns die oben aufgezeigten Wege näher. Dabei ist jedoch auch daran

<sup>24</sup> Die im Februar 1942 vom Ostministerium erlassene neue Agrarordnung war der Versuch eines Kompromisses zwischen den wirtschaftlichen Erfordernissen, die die Beibehaltung der Großraumwirtschaft des Kolchosensystems zumindest für die Kriegsdauer verlangten, und den politisch-propagandistischen Überlegungen, die Landzuteilungen durch Zerschlagung jenes Systems wünschenswert erscheinen ließen. Praktisch kam dabei allerdings kaum mehr heraus als die Umbenennung der Kolchosen in „Gemeinwirtschaften“. Als zweiter Schritt waren „Landbaugenossenschaften“ mit individuellem Nutzungsrecht, aber ohne Besitztitel vorgesehen, die jedoch nur zum geringen Teil verwirklicht wurden. Erst recht blieb die dritte Phase, die bäuerliche Einzelwirtschaft, angesichts der Forderungen der deutschen Kriegsernährungswirtschaft ganz und gar bloße Schimäre.



zu denken, daß eine Zusammenballung der Massen in Industriestädten zweifellos ein geeigneteres Mittel ist, die Bevölkerungsvermehrung einzuschränken, als wenn der Großteil der Bevölkerung auf dem flachen Lande sitzt. Denn die oben erwähnte Propaganda und Aufklärung läßt sich in Städten viel einfacher als auf dem Lande durchführen, insbesondere, wenn man an die weiten Räume des Ostens denkt.

#### *Zur Tschechenfrage*

Nach den heute vorhandenen Auffassungen soll ein großer Teil der Tschechen, soweit sie rassisch nicht bedenklich erscheinen, zur Eindeutschung gelangen. Man rechnet hier mit ungefähr 50 $\frac{0}{10}$  der tschechischen Bevölkerung, die hierfür in Betracht kommt. Geht man von diesen Zahlen aus, würden etwa 3 $\frac{1}{2}$  Millionen Tschechen übrigbleiben, die, da ihre Eindeutschung nicht vorgesehen ist, allmählich aus dem Reichsgebiet entfernt werden müßten. Soweit es sich um tschechische intellektuelle Kreise hierbei handelt, ist stets mit einer besonderen Gefährlichkeit zu rechnen. Zwar äußert sich die Gefährlichkeit der Tschechen weniger in gewalttätigen Handlungen, wie dies bei Polen mehr der Fall zu sein scheint. Trotzdem kann nicht geleugnet werden, daß die tschechische Intelligenz von fanatischem Haß gegen das Deutschtum erfüllt ist und auf lange Sicht auch noch sein wird. Es sind des öfteren Pläne aufgetaucht, auch die rassisch unerwünschten Tschechen in die Ostgebiete abzuschieben. Dies kann bei der Intelligenz nicht in Betracht kommen. Man wird hier den Weg vorziehen müssen, der auch bei der unerwünschten polnischen Intelligenz angebracht zu sein scheint, der Weg der Auswanderung nach Übersee. Soweit es sich jedoch um verhältnismäßig harmlose tschechische Bauern, Handwerker, Industriearbeiter oder dergleichen handelt, dürften keine Bedenken bestehen, die Betreffenden zum Arbeitseinsatz und damit auch für eine Siedlung in den Ostgebieten zu verwenden, die nicht als deutsches Siedlungsgebiet vorgesehen sind. Es wäre dabei zu erwägen, in Betracht kommende geeignete Tschechen in den sibirischen Raum zu überführen, wo sie verstreut gleichfalls im Sibiriakentum aufgehen und damit mit dazu beitragen könnten, das Sibiriakentum weiter vom Russentum (fort) zu entwickeln.

#### *Deutsche Siedlungsfragen*

Zum Schluß der Ausführungen soll noch kurz zu einigen Fragen der deutschen Siedlung in diesen Gebieten Stellung genommen werden. Daß die deutschen Siedler nicht gerade in großen Massen in die als Siedlungsraum in Betracht kommenden Ostgebiete einströmen werden, ergaben die bereits früher gemachten Ausführungen. Wie weit ein gewisser Druck auf die deutsche Bevölkerung im Altreich ausgeübt werden kann, um die Ansiedlung im Osten zu beschleunigen, ist eine andere Frage. Eine Zwangsansiedlung von Deutschen im Osten erscheint mir jedenfalls äußerst bedenklich. Gewöhnlich sind nur freiwillige Siedler zur Kolonisation geeignet, denn nur sie haben den Willen, sich an die neuen Verhältnisse anzupassen und sich hochzuarbeiten. Um den Zuzug von Siedlern in die neuen Siedlungsgebiete zu fördern, muß man ihnen auch etwas bieten. Das Land muß ihnen mehr oder minder unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, und zwar in mehr als ausreichender Größe. Es muß ihr Eigentum werden, sonst fehlt der Anreiz zur Siedlung. In Gegenden, wie Weißruthenien, wo der Boden verhältnismäßig schlecht ist, wo sich aber viel Wald befindet, sollte man größere Waldgüter schaffen, die neben etwas Ackerland eine gute Existenzgrundlage abgeben. Unser Erbhofgesetz im Reich hat sich, bevölkerungspolitisch gesehen, nicht gerade bewährt. Im Gegenteil führt die Tendenz des Erbhofgesetzes, einem Kinde fast alles, den anderen Kindern aber praktisch kaum etwas zu geben, den deutschen Bauern zur Einkindschaft. Der Gesetzgeber war im Jahre 1933 nicht in der Lage,

den anderen Kindern des Bauern einen angemessenen Entgelt zu geben. Haben wir aber im Osten einen großen deutschen Siedlungsraum, dann sind wir in der Lage, auch hier einzugreifen und die im deutschen Bauerntum bestehende Tendenz zur Einkindschaft wirksam zu bekämpfen. Man könnte, schon aus bevölkerungspolitisch-propagandistischen Gesichtspunkten heraus, daran denken, das Reichserbhofgesetz dahin zu ergänzen, daß die Abkömmlinge des Erblassers, die nicht Anerben sind, einen Anspruch auf Landnahme in den als Siedlungsraum vorgesehenen Ostgebieten erhalten. Wir wollen nicht verkennen, daß bis heute in der großen Masse des deutschen Volkes der Siedlungsgedanke im Osten durchaus nicht populär ist. Wenn sich Menschen finden, die in den Osten gehen wollen, so werden es in erster Linie Bauern und Angehörige der landwirtschaftlichen Berufe sein, die, weil der Landhunger sie dazu treibt und weil sie die Möglichkeit einer eigenen Scholle, unter Umständen einer größeren eigenen Scholle sehen, siedeln wollen. Die eben erwähnte Abänderung des Reichserbhofgesetzes dürfte nicht dahin gestaltet werden, daß diejenigen Abkömmlinge, die das Recht auf Landnahme im Osten nicht ausnutzen wollen, nun dafür irgendwie ein Entgelt, insbesondere eine Entschädigung erhalten. Es darf sich vielmehr bei dem erwähnten Anspruch auf Landnahme nur um einen solchen Anspruch handeln, dessen Inkrafttreten allein von der Siedlung im Osten abhängt. Voraussetzung muß aber auch sein, daß diesen Anspruch nur erbgesunde Bauernsöhne haben können. Daß sie rassistisch einwandfrei sein müssen, ergibt ja schon, daß nach der Definition des Reichserbhofgesetzes (§ 13) Bauer nur sein kann, der deutschen oder artverwandten Blutes ist. Wie weit auf den den Siedlern zu Eigentum überlassenen Höfen staatliche Grundrenten und dergleichen einzutragen sind, ist eine Frage, die hier nicht erörtert zu werden braucht. Im übrigen erscheint es durchaus möglich, daß, wenn die betreffenden Siedlungsgebiete unter deutscher Herrschaft allmählich ein anderes äußerliches Gewand annehmen, wenn insbesondere bessere Verkehrsmöglichkeiten erschlossen werden, die Abneigung zur Siedlung im Osten immer geringer wird. Ich halte eine derartige Entwicklung durchaus nicht für ausgeschlossen, dies umso mehr, wenn sie durch eine geschickte Siedlungspropaganda, die den Volksgenossen im Altreich immer wieder die großen Möglichkeiten in den Siedlungsgebieten im Osten vor Augen führt, gefördert wird. Daß zur Führung dieser Propaganda die entsprechenden Stellen des Ostministeriums dringend berufen und verpflichtet sind, bedarf keiner weiteren Erörterung. Mit der ländlichen Siedlung von Deutschen im vorgesehenen Siedlungsraum taucht sofort wieder die Frage nach den erforderlichen landwirtschaftlichen Hilfskräften auf. Hier müßte man versuchen, in der Weise zu verfahren, daß aus den rassistisch erwünschten Fremdvölkischen Arbeitskräfte in der Weise zur Verfügung gestellt werden, daß auf dem einzelnen Hof immer Fremdvölkische, die verschiedenen Völkern angehören, arbeiten. So sollte in den Baltenländern auf einem Bauernhof z. B. ein estnischer, ein lettischer und ein litauischer Knecht vorhanden sein, die, zumal sie sich wahrscheinlich untereinander nicht verstehen werden, schon zwangsweise deutsch verständigen müßten, so daß eine Eindeutschung kein allzu großes Problem darstellen dürfte. Es wäre zu erwägen, evt. auch rassistisch erwünschte Weißruthenen, soweit sie nicht in das Reich gebracht werden, in dieser Weise in den Baltenländern unterzubringen. In Weißruthenien selbst wird sich nach diesem System, im Hinblick darauf, daß eine deutsche Siedlung hier zunächst noch nicht in Betracht kommen kann, nicht arbeiten lassen. Neben diese größeren Bauernhöfe, die auf zunächst fremdvölkische Hilfskräfte angewiesen sind, müssen aber auch kleinere Wirtschaften treten, die selbst von den betreffenden Bauern und seinen Familienangehörigen bewirtschaftet werden können. Man wird gut daran tun, diese Betriebe nicht allzu klein zu gestalten. Sie müssen so berechnet sein, daß ihre Bewirtschaftung nur mit Familienangehörigen möglich ist. Der Bauer muß, zumal sicherlich Mangel an rassistisch geeigneten fremdvölkischen Arbeitern im gewissen Sinne vorhanden sein wird, auf den

Gedanken gebracht werden, daß es richtig ist, Kinder schon deshalb in die Welt zu setzen, um genügend Arbeitskräfte für den Hof zu haben. Es muß dabei weiter den deutschen Siedlern gegenüber stets betont werden, daß die Kinder, die den Hof nicht erhalten, gleichfalls später Land zur Siedlung zugeteilt bekommen. Es darf nicht verkannt werden, daß die Siedlungsaufgaben für unser Volk hier ganz gewaltige sind. Man muß sich stets hier vor Augen halten, daß das Gebiet, das der Siedlung erschlossen werden soll, von den Reichsgauen Wartheland und Danzig-Westpreußen bis in das Ostland hineinreicht, ja daß vielleicht auch Teile des Protektorates für eine Siedlung in Betracht kommen. Unmöglich ist jedoch die deutsche Besiedlung nicht, wenn wir uns daran gewöhnen, auf Generationen zu denken und bezüglich der Fremdvölkischen eine ganz bewußte und klare Politik treiben, die allein das Ziel hat, diese Räume deutsch zu machen. Denjenigen, die heute eine deutsche Besiedlung dieser Räume für unmöglich halten, sei gesagt, daß die USA, Kanada und Australien von den Angelsachsen kolonisiert und besiedelt worden sind, obwohl nicht gleich Millionen und aber Millionen von Siedlern zur Verfügung standen. Doch nur verhältnismäßig tropfenweise sind die englischen und sonstigen Ansiedler in diese Siedlungsgebiete eingeströmt. Erst als sie in diesen Gebieten die Fortkommensmöglichkeiten sahen, setzte dort eine gewaltige biologische Vermehrung ein, die heute zum Beispiel bei den Franzosen in Kanada noch in keiner Weise zum Stillstand gekommen ist. So besteht vielmehr durchaus die Möglichkeit, daß in hundert Jahren in Kanada die französisch sprechende Bevölkerung dank ihrer stärkeren Vermehrungskraft bei weitem das Übergewicht hat. Denken wir nur daran, daß Australien doch mit wenigen hunderttausend Ansiedlern es immerhin auf 7 Millionen Einwohner gebracht hat, obwohl die Australier alles andere als ein geburtenstarkes Volk sind. Warum sollen nicht aus Hunderttausenden von deutschen Siedlern im Laufe weniger Generationen Millionen von Menschen werden können, insbesondere, wenn hier eine aktive Bevölkerungspolitik stärksten Ausmaßes getrieben wird? Es mag sein, daß im Laufe von 30 Jahren die Ergebnisse einer derartigen Bevölkerungspolitik in den Siedlungsgebieten noch nicht so sichtbar sein werden. In weiteren 30 Jahren werden sie aber um so sichtbarer in Erscheinung treten. Die endlosen Weiten des Ostens sind es zweifellos nicht, die uns Deutsche zum großen Teil heute vor einer Ansiedlung im Osten zurückschrecken, denn auch Nordamerika hat die gleichen Weiten. Trotzdem gingen Deutsche dorthin hinaus. Es sind vielmehr die kulturellen Verhältnisse, die uns so siedlungsabgeneigt machen. Diese Verhältnisse aber zu bessern, liegt völlig in unserer Hand. Die klimatischen Verhältnisse spielen wohl nicht eine derart ausschlaggebende Rolle wie die kulturellen, dies um so mehr, als wir letzten Endes unsere Lebensweise im Osten unter geordneten Verhältnissen auf das Klima einstellen können. Würde man systematisch den Osten bevorzugt gegenüber dem Altreich, insbesondere den Westgebieten des Altreiches entwickeln, wäre ein Abströmen der Bevölkerung in den Osten gar nicht so von der Hand zu weisen. Wenn es sich im Volke herumspricht, daß die besten Siedlungshäuser, die besten Landwirtschaften und dergleichen im Osten liegen, daß man dort alles an Bequemlichkeit und dergleichen hat, würde das dem Siedlungswillen der deutschen Bevölkerung nur dienlich sein.

Auf eine Frage soll hier noch kurz eingegangen werden, die Frage, ob und inwieweit das Klima der Ostgebiete einer deutschen Siedlung, auf die Dauer gesehen, zuträglich ist. Der Siedlungsraum, der in dem Generalplan Ost erwähnt wird, umfaßt ein Gebiet, das zum Teil klimatisch dem im Reich ziemlich gleichsteht, zum Teil aber auch mehr kontinentales Klima hat. Große und entscheidende Unterschiede sind jedenfalls nicht vorhanden. Die Tatsache, daß sich in den Baltenländern, ja auch in den weißruthenischen und russischen Gebieten zum Teil recht erheblich nordische Rassentypen erhalten haben, läßt darauf schließen, daß es sich um ein Klima handelt, das den führenden nordisch-fälischen Rassenbestandteilen unseres Volkes, auf die Dauer ge-

sehen, nicht schädlich wird. Ob dies aber auch für die südkrainischen Gebiete, insbesondere auf die Krim zutrifft, ist eine andere Frage. Der südlichste Teil der Krim mit seinem fast subtropischen Klima braucht hier nicht näher untersucht zu werden. Es ist klar, daß derartige Gebiete, auf Generationen gesehen, für eine deutsche Siedlung nicht in Betracht kommen können. In der Südukraine und in den übrigen Teilen der Krim herrscht dagegen ein Steppenklima, das von dem Klima der im Generalplan Ost vorgesehenen Siedlungsgebiete verschieden ist. Prof. Lenz<sup>35</sup> hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die klimatischen Verhältnisse in diesen Gegenden einer Siedlung von nordisch-fälisch bestimmten Menschen abträglich sind. Eugen Fischer hat im Dezember 1941 die Meinung vertreten, daß eine Siedlung deutscher Menschen in diesen Räumen nur dann erwogen werden könnte, wenn man bewußt überall reiche Waldgebiete schafft und damit eine Klimaveränderung herbeiführt. Andere führende deutsche Anthropologen haben sich gleichfalls gegen eine deutsche Dauersiedlung in diesen Gebieten ausgesprochen. Auch das Rassenpolitische Amt der NSDAP steht einer Dauersiedlung in diesen Gebieten zunächst noch ablehnend gegenüber. Die Erfahrungen, die die im Jahre 1938 an Bessarabien-Deutschen von der Reichsstudienführung vorgenommenen anthropologischen Untersuchungen ergeben haben, scheinen diesen ablehnenden Standpunkt zu rechtfertigen. Nach den getroffenen Feststellungen unterschieden sich die untersuchten Personen in bezug auf Körpergröße, Kopf- und Gesichtsmaße und ihren Indices<sup>36</sup> zwar in keiner Weise von ihrer süddeutschen Heimat. Das gleiche ergab sich auch für die Prozentzahlen der Augenfarben. Anders verhielt es sich jedoch mit den Haarfarben, hier war bereits ein erheblich geringeres Vorkommen blonder Haare zu beobachten, obwohl offensichtlich Vermischungen mit der umwohnenden fremdvölkischen Bevölkerung nicht erfolgt waren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Unterschied gegenüber den süddeutschen Verhältnissen auf die Auslese des veränderten Klimas zurückzuführen ist. Wenn dies zutrifft, wäre dieses Ergebnis im Hinblick darauf, daß die betreffenden Siedler kaum über 100 Jahre in den betreffenden Gebieten sitzen, sehr bedeutsam. Alles dies beweist, daß genaue Untersuchungen in diesem Raume darüber erforderlich sind, inwieweit die klimatischen Verhältnisse eine Dauersiedlung von Deutschen rechtfertigen. Bevor nicht derartige Untersuchungsergebnisse vorliegen, kann von einer Siedlungsplanung für Deutsche, die aus dem Reich kommen, hier nicht die Rede sein. Eine andere Frage ist, ob die Volksdeutschen, die in der Ukraine oder der Krim wohnen, dort weiter verbleiben und ob weiter evt. die Volksdeutschen aus anderen Gegenden der Sowjetunion gleichfalls in diese Gebiete geschafft werden sollen. Der Generalplan Ost sieht die Rücksiedlung aller dieser Deutschen in den von ihm angenommenen Siedlungsräumen vor. Wenn auch die volkspolitischen Gesichtspunkte eine Umsiedlung dieser Volksdeutschen befürworten dürften, sprechen andererseits schwerwiegende

<sup>35</sup> Prof. Dr. med. Fritz Lenz, geb. 9. 3. 1887, 1933—45 Ordinarius für menschliche Erb-  
lehre und Rassenhygiene (Humangenetik und Eugenik) in Berlin, Abteilungsleiter im Kaiser-  
Wilhelm-Institut für Anthropologie.

<sup>36</sup> Der „Kopfindex“ ist das in Prozenten des größten Längenmaßes ausgedrückte größte  
Quermaß des Kopfes bzw. Schädels  $\frac{(\text{Größte Breite} \times 100)}{\text{Größte Länge}}$ . Liegt die Indexzahl unter 74,9, so  
handelt es sich um einen der vor allem bei den nationalsozialistischen Rasseamateuren so  
beliebten „Langschädel“. Im Prinzip umgekehrt ist der „Gesichtsindex“ die in Prozenten der  
Jochbogenbreite ausgedrückte Gesichtshöhe  $\frac{(\text{Gesichtshöhe} \times 100)}{\text{Jochbogenbreite}}$ ; die Indexziffer des edleren  
„Schmalgesichts“ mußte hier also möglichst hoch liegen: über 88 (bei Lebenden) bzw. über  
90 (bei Totenschädeln).



wirtschaftliche Gesichtspunkte dagegen, weil ja bekanntermaßen der Reichtum der Ukraine sich in erster Linie auf die Arbeitskräfte dieser Deutschen stützte.

*Zur Frage der zukünftigen Behandlung von Artfremden und artfremden Mischlingen deutscher Staatsangehörigkeit.*

Das Ziel einer deutschen Rassen- und Bevölkerungspolitik ist, die tragenden Rassenbestandteile des deutschen Volkes, insbesondere die nordisch-fälischen, zu erhalten und zu vermehren. Angesichts dieser Zielsetzung müssen Maßnahmen ergriffen werden, um das Einströmen artfremden Blutes, nichteuropäischen Blutes in unseren Volkskörper zu verhindern. Die vom Rassenpolitischen Amt der NSDAP vorgenommenen Ermittlungen haben ergeben, daß infolge der im deutschen Reichsgebiet sich aufhaltenden Artfremden ständig Vermischungen mit Deutschen stattfinden. Die deutsche Frau spielt hierbei eine alles andere als rühmliche Rolle. Es handelt sich hier um Chinesen, Vorderasiaten, Inder und sonstige Artfremde, die sich heute mit den deutschen Frauen in einer Weise abgeben, die im Volke große Mißstimmung hervorgerufen hat. Hunderte von Geburten von Mischlingskindern sind bereits registriert. Sehr zahlreich sind die Mischlingskinder von Chinesen und Vorderasiaten. Man kann hier fast den Grundsatz aufstellen, daß jeder Artfremde mindestens ein uneheliches Kind hier hinterläßt. Wir müssen dieser großen rassischen Gefahr, die sich hier erhebt, schon heute entgegenzutreten, um zu vermeiden, daß wir an die Stelle der deutsch-jüdischen Mischlinge späterhin die artfremden Mischlinge erhalten. Bei den betreffenden Auswanderern handelt es sich um zwei Kategorien; einmal um solche, die aus wirtschaftlichen Gründen sich hier aufhalten. Sie sind zum Teil hier ansässig geworden, so zum Beispiel im wesentlichen die Armenier, oder aber es handelt sich um Studenten, die sich ja nur kurze Zeit hier befinden. Es muß versucht werden, im Interesse der Reinerhaltung des Deutschtums die Artfremden, insbesondere die artfremden Mischlinge, soweit sie sich nicht etwa nur vorübergehend hier aufhalten, aus dem Reichsgebiet möglichst abzuschieben. Bei den Artfremden, die ja im wesentlichen eine fremde Staatsangehörigkeit haben, wird dies später kein Problem sein. Wohl aber bei den artfremden Mischlingen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Alle die Artfremden, sowie die artfremden Mischlinge deutscher Staatsangehörigkeit sind im Reichsgebiet ja nur Menschen zweiten Ranges. Sie bilden eine dauernde rassenbiologische Gefahr, zumal sie den starken Sexualtrieb ihrer artfremden Elternteile geerbt haben. Andererseits handelt es sich bei den Betreffenden um Menschen, die völlig im deutschen Auffassungs- und Kulturkreis erzogen sind. Angesichts des großen Menschenmangels, den wir nach dem Kriege haben werden, erscheint es fraglich, ob wir es uns leisten können, die Betreffenden einfach zur Auswanderung zu zwingen. Es erscheint hier praktischer, derartige Mischlinge in den Teilen der besetzten Ostgebiete, wo die Betreffenden nicht weiter auffallen, irgendwie im Rahmen der deutschen Verwaltung einzustellen. Warum sollen nicht die deutsch-armenischen oder sonstigen deutsch-kaukasischen Mischlinge im Kaukasus zum Einsatz gelangen können? Ebenso könnten deutsch-chinesische oder deutsch-malaysische Mischlinge in Turkestan oder Sibirien zum Einsatz kommen. Gerade der Umstand, daß die Betreffenden Gelegenheit haben, dort andere Positionen einzunehmen, als sie sie jemals im Reich erlangen können, wo sie allenfalls nur eine geduldete Stellung einnehmen, wird dazu führen, daß die Betreffenden sich durchaus positiv einsetzen werden. Es befindet sich zum Beispiel unter den Artfremden und artfremden Mischlingen eine Reihe von Ärzten, denen man die ärztliche Versorgung der Bevölkerung durchaus anvertrauen sollte. Man spart hier unter Umständen nur deutsche Kräfte. Bezüglich des Studiums der artfremden Studenten im Reich besteht die



große Gefahr, daß nach dem Kriege die betreffenden Artfremden in weit größerem Umfang in das Reichsgebiet einströmen als bisher, dies um so mehr, als der Kaukasus und Turkestan dann nicht mehr verschlossene Gebiete darstellen. Man müßte versuchen, von vornherein den Zustrom dieser artfremden Studenten in das Reich dadurch zu bannen, daß man z. B. im Kaukasus eine mit allen Mitteln ausgestaltete Hochschule schaffen könnte, die nicht nur aus den besetzten Ostgebieten, sondern auch aus dem Orient die betreffenden Studenten auffängt. Daß das Studium dabei gemäß unseren Interessen gelenkt werden müßte, ist selbstverständlich. Bisher haben wir im Reich jedenfalls die Erfahrung gemacht, daß die betreffenden ausländischen Studenten, die aus ihrer Deutschfreundlichkeit heraus ihr Studium in Deutschland gewählt hatten, später in das Gegenteil umgeschlagen sind, weil sie in der Zwischenzeit feststellen mußten, daß ihnen wegen ihrer Abstammung und wegen ihrer Beziehungen zu deutschen Mädchen Schwierigkeiten entstanden. Häufig wurde das Gegenteil durch ein derartiges Ausländerstudium erreicht von dem, was hier von uns bezweckt wurde! Um diese Gefahren kommt man zum großen Teil herum, wenn man einen Weg wählt, wie er hier vorgeschlagen wurde<sup>37</sup>.

Die Probleme, die in den vorstehenden Ausführungen angedeutet wurden, sind gewaltige. Sie damit abzutun, daß man sie für unlösbar oder für phantastisch erklärt, würde sich einmal sehr gefährlich auswirken können. Die zukünftige deutsche Ostpolitik wird zeigen, ob wir gewillt sind, dem Dritten Reich eine dauernde, gesicherte Grundlage zu geben. Wenn jedenfalls das Dritte Reich ein tausendjähriges sein soll, müssen auch die Planungen hierfür auf Generationen getroffen werden. Das bedeutet aber, daß rassenbiologisches Denken bei der künftigen deutschen Politik von entscheidender Bedeutung wird sein müssen. Nur dann werden wir die Zukunft unseres Volkes sichern können.

gez. Dr. Wetzel

<sup>37</sup> Eine andere Möglichkeit, diesen „Gefahren“ zu entgehen, war in Wetzels Rassepolitischen Amt im Herbst 1940 ventiliert worden. Danach sollte den einreisenden Ausländern, insbesondere den Studenten, beim Grenzübertritt ein Merkblatt präsentiert werden, in dem es nach dem Entwurf des Amtes hieß:

„Ferner werden Sie dringend gebeten, ganz allgemein folgendes zu beachten. Das deutsche Volk ist überzeugt vom Eigenwert jeder Nation dieser Erde und hält es für nationale Pflicht jedes seiner Volksangehörigen, daß sie ihre Ehepartner nur aus dem eigenen Volk aussuchen und darüber hinaus keinerlei Blutsvermischung mit Angehörigen anderer Völker eingehen. Unsere Jugend beiderlei Geschlechts ist so erzogen, daß sie dem Ausländer jederzeit höflich entgegentritt, sowohl im wirtschaftlichen als auch im geselligen Leben. Gleichzeitig ist es Ihnen aber zur Pflicht gemacht, unter gar keinen Umständen die Grenzen der Geselligkeit und der Höflichkeit zu verlassen und in Beziehungen einzutreten, welche die Aussichten auf ein Liebes- oder Geschlechtsverhältnis oder eine Eheschließung eröffnen könnten. Deutsche, die gegen diese Pflicht verstoßen, setzen sich schwerer gesellschaftlicher, politischer und auch polizeilicher Maßnahmen <sic> aus. Es ist dabei gleichgültig, ob der betreffende Ausländer etwa einem Volk angehört, das dem deutschen Volk rassisch verwandt oder politisch befreundet ist. Sie werden dringend gebeten, Ihr eigenes Verhalten gegenüber deutschen Männern und Frauen danach einzurichten und es zu verstehen, wenn diese Ihnen gegenüber in dieser Beziehung Zurückhaltung zeigen. Sollten Sie aber selbst gegen diese nationale Regel des deutschen Volkes gröblich verstoßen, so setzen auch Sie sich Unannehmlichkeiten oder behördlichen Maßnahmen aus, deren Vermeidung in Ihrem Interesse liegt.“ (DZA Potsdam 49.01/H. 523/8.)

Der Plan, auch befreundeten Ausländern einen derartig geschmackvollen Empfang zu bereiten, ist dann aber wohl an den Bedenken verschiedener anderer Stellen gescheitert.

## Dokument Nr. 3 (NO-2255)

Persönlicher Stab Reichsführer-SS  
Schriftgutverwaltung

Akt. Nr. Geh./90<sup>38</sup>

Der Reichsführer-SS

Führer-Hauptquartier  
12. Juni 1942

Tgb. Nr. AR/33/11/42  
RF/V.

Betr.: Generalplan Ost – Rechtliche, wirtschaftliche  
und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus.

Lieber Greifelt!<sup>39</sup>

Ich habe den Generalplan Ost, der mir insgesamt ganz gut gefällt, angesehen. Ich möchte diesen Generalplan zu irgendeinem Zeitpunkt auch dem Führer übergeben. Dazu ist aber notwendig, daß wir einen Gesamt-Siedlungsplan unter Zusammenfassung der früheren Pläne für Danzig-Westpreußen, den Warthegau und Oberschlesien, Südostpreußen und in groben Strichen auch schon für Böhmen und Mähren, sowie miterwähnt Elsaß-Lothringen, Oberkrain und Süd-Steiermark anlegen. Dies müßte alles in einem Gesamtplan auch hinsichtlich der Karten und der Gesamtberechnungen zusammengefaßt werden.

In einem Punkt bin ich, glaube ich, falsch verstanden worden. In diesem Zwanzigjahresplan muß die totale Eindeutschung von Estland und Lettland sowie des gesamten Generalgouvernements mit enthalten sein. Wir müssen das im Laufe von möglichst 20 Jahren schaffen. Ich persönlich habe die Überzeugung, daß es zu schaffen ist.

Der jetzige Vorschlag, das Generalgouvernement und das Gesamte Ostland nur mit Stützpunkten zu versehen, entspricht meinen Gedanken und Wünschen nicht. Schwieriger ist die Frage in Litauen. Hier können wir mit einer Eindeutschung der vorhandenen Bevölkerung weniger rechnen. Wir müssen vielmehr die Gesamtbesiedlung ins Auge fassen. Auch das muß geschafft werden.

Ich bitte zunächst einmal, bevor der Gesamtplan mir in der Form, wie der Gesamtplan Ost, vorgelegt wird, einen Entwurf zur Durchsicht zu überschieken, aus dem klar hervorgeht, was wir insgesamt an Menschen, Arbeitern, Geldmitteln usw. brauchen und weiterhin, was wir in jedem einzelnen der vier Fünfjahrespläne brauchen. Dann müßten wir erst abstimmen, wenn wirklich etwas unmöglich ist, welche Dinge abgestrichen werden können.

Heil Hitler!

Ihr

HH<sup>40</sup>

<sup>38</sup> Stempel mit handschriftlich eingefügter Aktennummer. Bei der folgenden Datumsangabe ist der Tag (12.) handschriftlich eingesetzt.

<sup>39</sup> Im Text des vorliegenden Durchschlags hatte die Anrede ursprünglich geheißen: „Lieber Heydrich!“ Es wurde dieser Name später durchgestrichen und in Originalschrift bei blattweiser Korrektur (im Original vermutlich Radierung) „Greifelt“ darüber geschrieben. Vielleicht ist es nicht uninteressant, daß hier – wohl durch einen Diktatfehler – der Name Heydrich eingeflossen ist, obwohl der Brief seinem Inhalt nach zweifellos für Greifelt bestimmt war, – deutet dieser kleine Lapsus doch darauf hin, wie eng der Generalplan Ost in seiner Grundkonzeption mit Heydrich und dem Reichssicherheitshauptamt verbunden gewesen ist.

<sup>40</sup> Handschriftliche Paraphe Himmlers. Darunter folgende, ebenfalls handschriftlichen Vermerke: M 11. 6. und: W<iedervorlage> 1. 10.